

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

160 (12.7.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 1,10 M., wöchentl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 3,60 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Der Reichskanzler über die politische Lage.

Karlsruhe, 12. Juli.

Die Zwischenakte werden durch humoristische Vorträge ausgefüllt, so hieß es auf den vorliegenden Weihnachtsfeier- und Stiftungsfestprogrammen unserer Gesangvereine und ähnlicher bedeutender Kulturvereinigungen. Jetzt haben wir Krieg, es gibt keine Weihnachtsfeier und Stiftungsfeste mehr, ein graues Theaterstück, in dem um und um mit Menschenleben gespielt wird, in dem ein Akt schauerlicher ist als der andere, hat sich aufgetan und kein Mensch weiß, wann der Vorhang endlich fallen wird. Von Weihnachtsfeier und Stiftungsfesten will man da nichts mehr wissen. Aber bei all der Grausamkeit des neuen Spiels ist dennoch eins aus der Friedenszeit geblieben, das uns an jene harmlos schönen, frohlichen Stunden erinnert: die humoristischen Zwischenakte. Haben die Kämpfe sich ausgetobt, ebbten die wilden Wogen ab, halten die Kämpfer in ihrer grausigen Arbeit inne, um auszuruben, sich neu zu ordnen und zu rüsten zum nächsten Sturm, ist ein neuer Akt des Kriegsdramas zu Ende, dann beginnen die neuen humoristischen Zwischenstücke: die Staatsmänner treten auf die Schaubühnen und beginnen zu reden. Von Völkerverbinden, von Friedensbereitschaft, von eigenem guten Willen und von der Höflichkeit der Anderen, vom Durchhalten und Kampfbereitschaft, so reden sie und reden sie, der Balfour und Wilson, der Lloyd George und Clemenceau, der Kühlmann und Hertling; sie reden und reden. Und anständig lächelt das Volk. Führen der Führung trauern die Wangen betrubt ob all der eigenen Selbstlosigkeit, die ihm da in so herrlichen Worten geschildert wird und Tränen der Wut blitzen auf ob all der Schlechtigkeit der Anderen. — Und draußen steht einjam im Graben auf seinem Posten hüben und drüben der Frontsoldat und in all das Gepolter der Geschütze und das Klirren der Gewehre klingt grimmig das Einheitswort der Front hinüber nach Paris und London und herüber nach Berlin und Wien das schöne allumfassende Wort: Schwindel, du großer Schwindel! Und all die, die mit draußen waren, und all die, die mit gefürzten Protrationen, in schlechten Wochen, in Holzschindeln und Papieranzügen dabei ihr kargliches Dasein fristen müssen, sie tunmen es leise mit, das schöne Wort, das in erhabener Kürze so allumfassend das Ergebnis einer „großen“ Zeit ausdrückt. Schwindel hüben und drüben und überall! —

Wir in Deutschland haben natürlich in diesen humoristischen Zwischenakten wieder etwas ganz besonders geboten — entsprechend unser ganz besonderen Mission als außerwähltes Volk mit einer ganz besonders moralischen Weltankündigung. Wir bieten nicht den Kriegsbekämpfern und wilden Anexionisten oder den Freunden des Friedens etwas, nein, von uns werden gleich Beide bedient: es entspricht nicht dem deutschen Wesen, daß nur der eine Grund zum schimpfen und der andere Grund zum klagen hat, nein Beide dürfen sie schimpfen und Beide dürfen sie klagen nach Herzenslust. Da spricht Montags Herr Kühlmann eine Rede, daß die Herzen aller Friedensfreunde zu hüpfen beginnen und die Herzen aller Kriegsbekämpfer vor Angst zu bebren anfangen. Und Dienstags spricht er wiederum und ans ist es mit der Hoffnung der einen und stolz schwellt die Brust der anderen, und freudig steigt die Friedenstür ins Schloß — und 8 Tage darauf der Staatssekretär aus seinem Amte. Inbelskummen erlösen wiederum aus den Reihen der heimischen Weltkrieger, Siegesgeboten möchten sie erkörnen lassen, wenn die Glodenstühle nicht verwaist wären und die Wunden aus den Watteriehellungen ihrem neuen Verste entgegenheulen würden. Aber schon ist es wieder aus mit dem Kibel: denn nun also spricht er, der Meister, Hertling selbst: Wir stehen auf dem Standpunkt der Papstnote vom 1. August vorigen Jahres; wir sind bereit zu einem ehrenvollen Frieden. Wenn sich irgendwo ernsthaftige Regungen für die Anbahnung eines Friedens zeigen würden, dann würden wir uns nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. — Welch schöne Worte — und wie vertraut, man kann sie bald in der Schere als stehender Satz aufbewahren, denn sie werden zu jedem Zwischenakt benötigt, hüben wie drüben. Das Triumphgeheul der Alldeutschen wird verebben, wird nun umschlagen in bitteres Wehklagen, denn nimmer kann sich ein echter Weltkrieger aufreiben geben mit dem, was Herr Hertling da gesagt, das sieht ja beinahe aus, als wolle man dem Feinde den kleinen Finger reichen, das ist ja beinahe schon wirkliche Friedensbereitschaft. Da hat sich ja das Stützen des Herrn Kühlmann gar nicht gelohnt. — Aber leises Hoffnungssehen wird nun hier wieder einzutreten in die Herzen der Friedensfreunde, die Wehmutszähren ob des verlorenen Kühlmann werden sich verwandeln in dünne Tränenbächen hoffnungsvoller Friedensfreude; denn am Ende ist Herr Hertling doch ein Friedenskanzler.

Vollkommene Zufriedenheit wird hingegen das Ausland zeigen. Ihm steht nun reichste Auswahl zu jedem Bedarfe zur Verfügung. Ein reichhaltiges Sortiment von Staatssekretären und Reichskanzlerreden, für jeden beliebigen Zweck geeignet, steht zur Auswahl. Nichts Nummer in humoristischen Zwischenakt war halt wieder ein Ganzstück. Nun kann erweiterter Akt im grauenm erlenen Spiel beginnen.

Berlin, 11. Juli.

Um 12 Uhr stellte im Hauptausschuß des Reichstages der Vorsitzende Abg. Ebert (Soz.) den Entwurf betr. den 15 Milliarden-Kredit zur Beratung. Einleitend erklärte Vizelänger v. Bahrer, der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich abgeben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz geschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgelangt, die verwirrend gerückt hätten. Deshalb wünsche der Kanzler, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erklärt, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme. — Nach einer kurzen Geschäftsordnungserörterung stimmte der Hauptausschuß dem Vorschlag Erzberger zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren, die Berichte über die Reden vom Regierungstisch von der Regierung selbst zu geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen.

Der Reichskanzler leitete seine Rede über die politische Lage mit den Worten ein: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn die durch den Antrag Erzberger gezogenen Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden. Dann fuhr er fort:

Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. An meinem Standpunkte, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November vorigen Jahres im Plenum des Reichstages festgesetzt habe, an diesem meinem Standpunkte, sowohl bezüglich der inneren, wie auch bezüglich der äußeren Politik, halte ich meinerseits vollkommen fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern. Bezüglich der inneren Politik

habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen eingehalten, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwinden werden. Darauf können sich die Herren verlassen. Was die auswärtige Politik

betrifft, so habe ich damals am 29. November gesagt, ich stehe auf dem Standpunkte der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort bezeugt, hat, befehle auch mich, aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf auf unabsehbare Fortsetzung des Krieges. Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Vereinfachtheit, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gewandelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein, die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren! Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt, muß jedem Deutschen wirklich die Hornesrinne ins Gesicht treiben. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausdauern. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes, daß überall der ernste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille unserer Feinde besteht, solange müssen wir durchhalten. Und wir werden durchhalten, im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern, so wunderbar erträgt.

Wenn sich aber irgendwo ernsthaftige Regungen für die Anbahnung eines Friedens, oder auch nur der erste Schritt zu dieser Anbahnung zeigen würde, dann würden wir ganz gewiß uns nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernst nachgehen. Meine Herren! Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Seeresleitung und überall geteilt wird, denn auch die Oberste Seeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkte aus gewisse Probleme darstellen die die Gegenpartei uns aufrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz S. M. des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden. Also zunächst bezüglich des Ostens.

Meine Herren! Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in lokaler Weise ausgeführt haben. Die Schwierigkeit der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegt daran, daß — wie Sie wissen — die Verhältnisse in Rußland so außerordentlich unfruchtbar sind. Wir werden nicht so unbedingt annehmen müssen, dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen lokalen Zusagen überall durchzuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörliche Verwicklungen, unaufhörliche Reibungen in den Grenzgebieten, unaufhörliche Uebergriffe dieser oder jener kleinen Seeresgruppe. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentates,

das an unserem Gesandten dort verübt worden ist — eine völkerverrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Die Spuren deuten darauf hin, daß die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in einen Krieg zu verwickeln. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterschätzen wir sie. Wir unternehmen nichts, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte. Halten wir aber unsere Ohren „unserer Augen offen, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse überraschen zu lassen. Ich kann nur an die Worte erinnern, die einmal Gortschakoff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub. Wir lassen uns mit gar keiner politischen Gegenströmung ein, aber wir hören aufmerksam, wohin die Richtung in Rußland geht. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme. Das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Lieber Einzelheiten kann im Einzelnen da oder dort eine Meinungsverschiedenheit auftreten.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönlichen Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil und unerwundliche Ausdauer und dessen Geschäftlichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, das da notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Der Reichskanzler fuhr dann fort: Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr v. Gönke ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Krieg auf der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Über meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontratsignierung zur Ernennung des Herrn v. Gönke nur dann gebe, wenn Herr v. Gönke meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn v. Gönke — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft. Ich mache die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Dafür ist er in Aussicht genommen, aber noch nicht ernannt. Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Demütigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstags im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt.

Der Abg. Gröber (Zentr.) führte aus: Die Darlegungen des Kanzlers haben nach den letzten Vorlesungen etwas Beruhigendes. Der Wechsel im Staatssekretariat sei an sich tief bedauerlich, auch wegen des Eindruckes im Ausland. Die im November 1917 im Programm des Reichskanzlers gemachten Zusagen seien nicht erfolgt. Daß die Wahlrechtsvorlage noch nicht verabschiedet worden sei, sei nicht die Schuld des Reichskanzlers. Entschärfte Friedensvorschläge des Feindes müßten ernsthaft geprüft werden. Aber wir könnten unsere Friedensbereitschaft nicht immer wieder betonen und die einzelnen Bedingungen auch nicht einseitig öffentlich preisgeben und uns binden.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Bedauerlich ist nur, daß diese wichtige Aussprache unmittelbar vor Tagesende stattfindet. Die Regierung war sich des schlechten Eindruckes bewußt, den der Rücktritt Kühlmanns im Ausland machen muß, daher die fortgesetzten Versicherungen, es bleibe alles beim alten, in der Politik würde nichts geändert. Wenn alles beim alten bleibt, warum ist dann gerade Herr von Kühlmann gegangen? Jeder sagt sich doch, daß er gegangen worden ist, weil er im Reichstag gesagt hat, daß militärische Erfolge allein uns nicht den Frieden bringen können. Gleich am nächsten Morgen schlugen in der Pressekonferenz die Handgranaten der Obersten Seeresleitung ein. Man verbot der Presse, aus der Rede des Staatssekretärs vom 24. Juni die einzig mögliche und einzig logische Folgerung zu ziehen. Am Nachmittag folgten dann die Reden des Reichskanzlers und des Staatssekretärs, in denen zwar nichts ausdrücklich zurückgenommen wurde, die aber doch das Gegenteil von dem waren, was man von ihnen hätte verlangen müssen. In der Folgezeit letzte die Rede der alldeutschen Presse ein und nach 2 Wochen stehen wir an der Leiche Kühlmanns. Die Rede vom 24. Juni soll an der Front schlecht gewirkt haben. Wen hat denn der Reichskanzler an der Front getraut? Wohl nur die Offiziere, die die alldeutsche Presse lesen, die Soldaten jücher nicht; von ihnen würde er ganz etwas anderes gehört haben. Wenn alles so bleiben soll wie es gewesen ist, warum geht denn die Berufung des Grafen Hertling und des Herrn von Bahrer?

ber... tigung... hof... 5... 4089... ung... er... ararbeit... m. d. K... ge 51... teure... ferten sind... 4106... chingen... fts - Kartel... rube... den 11. Juli... ht, in der Ge... ntrale, Kaiser... eter... umlung... rdnung... Startellbeiträge... Wohnungsfür... st der außer... ägen Tagesob... er bringend um... piltisches Ge... 4081... ommission... rbeiten!

Diese beiden Herren haben vor der Uebernahme ihrer Aemter mit dem Reichstag Fühlung genommen und dieses Verhalten entspricht auch dem Vorgehen bei der Beantwortung der Papstnote, an der der Siebenerausschuß des Reichstags mitgearbeitet hat. Soll das alles bleiben, dann darf Herr von Sinze nicht so stillschweigend kommen, wie Herr von Kühlmann gegangen worden ist. Die Regierung war sich damals auch bewußt, welche Wirkung dieses Verhalten auf das Ausland haben mußte, auf das Ausland, das keinen Frieden mit uns machen will, weil es behauptet, wir hätten niemand, der Frieden schließen könne. Der Reichstagsführer hat auf die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner verwiesen. Ich verweise auf die aufreizenden Taten unsererseits im Osten, auf die Behandlung der Randvölker, auf die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage; diese war auch nicht geeignet, im Ausland einen guten Eindruck zu machen. Der erste Schritt, den das Ausland jetzt zu uns machen soll, wird dadurch ungemein erschwert.

Hg. Scheidemann ging dann auf die Ausführungen des Kanzlers über die Papstnote ein und verwies darauf, daß die Papstnote klar und deutlich von Belgien sprach, während in der Antwort auf die Note die belgische Frage nur sehr weit umschrieben war und nur dem genauen Kenner der Friedensentwicklung des Reichstages, auf die die Antwort an den Papst sich bezieht, klar werden konnte, was über Belgien eigentlich gesagt war. Jetzt ist es an der Zeit, klipp und klar zu sagen, was mit Belgien geschehen soll, nämlich, daß wir es herausgeben.

Hg. Hübner (F. Sp.) führt aus: Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß Kühlmanns Wegang nicht auf die Freiheiten der Altpartei zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Nachfolger nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde. Wenn der Kanzler seine heutige Fassung durchführt, so wird ihn meine Partei unterstützen, ebenso Herrn von Sinze wenn er im Sinne seiner Politik handelt.

Hg. Graf Westarp (Konf.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Kanzlers kann ich nach wie vor nicht zustimmen. Die Antwort auf die Papstnote erschien mir niemals die geeignete für ein Regierungsprogramm. Selbstverständlich muß man auf jede ernste Anregung der Friedensverhandlungen eingehen, aber eine große Zurückhaltung im Aussprechen dieser Bereitwilligkeit ist wohl zweckmäßig. Wir stehen dem neuen Staatssekretär ohne jedes Vorurteil guter oder schlechter Art gegenüber und wollen seine Politik abwarten. Wir wünschen, daß Herr von Sinze das engste Einvernehmen mit der Obersten Seeeresleitung, auf das auch der Kanzler so entscheidendes Gewicht legt, aufrecht erhält. (W.)

Die französische Presse zur Krise in Deutschland.

Bern, 11. Juli. (WZ.) Mehrere französische Blätter besprechen sich mit der vom Hg. Scheidemann angekündigten Ablehnung der Kriegskredite im Reichstage. Im „Ebenement“ stellt Baronne sich auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Jugendwandelung komme zu spät.

Wöchentlich schreibt „Humanité“, man habe zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der deutschen Sozialdemokratie verwirklichen könnte. Man dürfe nicht mehr darauf rechnen, daß dies die deutsche Regierung zur Vernunft bringen könnte, aber wenn Scheidemann heute zur Opposition übergehe, so habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei.

„Journal des Debats“ schreibt, der deutschen Arbeiterschaft gingen allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend wie die Kühlmanns. Deutschland beginne nicht mehr an den Sieg zu glauben. Das Blatt glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt worden.

Tarasz Bulba.

Von Nikolai Gogol.

(Schluß.)

„Endlich haben wir dich, alte Krähe!“ schrien die Polen, jetzt müssen wir es uns nur noch überlegen, du Hund, wie wir dich am besten ehren!“ Mit Zustimmung des Hetmans wurde er dazu verurteilt, angesichts des Heeres, lebendig verbrannt zu werden. Ganz in der Nähe befand sich ein kahler Baumstamm, dessen Spitze vom Blitze zerstört war. Tarasz wurde in eiserne Ketten geschloffen, zum Baume geschleppt und an den Stamm gefesselt; man erhob ihn so hoch wie möglich über den Erdboden, damit man ihn von allen Seiten sehen konnte, nagelte seine Hände fest und schichtete einen Scheiterhaufen unter dem Baume auf. Aber Tarasz blickte nicht auf den Scheiterhaufen; er dachte nicht an das Feuer, das ihn verzehren sollte, er sah dorthin, wo die Gewehre knatterten und die Kosaken sich ihrer Feinde zu erwehren suchten, wor doch von seinem erhöhten Platze aus alles zu sehen wie auf der flachen Hand. „Schnell, schnell hinauf, Kameraden!“ schrie er, „besetzt den Hügel hinter dem Walde! Dorthin können sie euch nicht folgen!“ Aber der Wind trug seine Worte nicht bis zu ihnen. „Sie werden umkommen, nutzlos umkommen!“ sagte er und blickte verzweifelt nach unten hinab, wo der Dnjestr glänzte. Blötzlich blickte eine helle Fremde in seinen Augen auf. Er hatte hinter einem Busch auf dem Ufer vier Nachen erblickt, und so nahm er denn seine ganze Kraft zusammen und schrie mit lauter Stimme: „Ans Ufer, ans Ufer, Kameraden! Lauft den kleinen Weg hinunter, den der zur Linken liegt! Am Ufer liegen Röhren! Demächtigt euch ihrer sofort, aber aller, hört ihr, damit sie euch nicht verfolgen können!“

Diesmal wehte der Wind von der andern Seite, und den Kosaken entging keines seiner Worte. Aber für seine Warnung erhielt er einen solchen Sieb mit der Keule über den Schädel, daß es ihm dunkel vor den Augen wurde.

Schnell wie der Blitz jagten die Kosaken dem Bergsteig hinab, und dicht hinter ihnen die Verfolger. Sie sahen, daß der schmale Pfad sich vielfach hin und her schlängelt und windet und sich zeitwärts verzweigt. „Ach Kameraden, es wird uns nicht glücken“, seufzten alle und bielten einen Augenblick inne, dann aber ließen sie ihre Reittiere durch die Luft laufen — ein Pfiff, und im Nu flogen ihre Tatarenpferde über

Deutscher Tagesbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Tagsüber mäßige Gechäftstätigkeit, die am Abend vielfach auflebte. Nächtlide Erkundungskämpfe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Bethune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Lebhaftere Feuerstätigkeit zwischen Lisne und Marne. Erneute Teilkangriffe, die der Feind aus dem Walde von Billers Cottlers heraus führte, drückten mehrere Posten an den Sabiers Grund zurück.

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, das Koblenz angreifen wollte, fielen fünf Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen.

Der 1. Generalquartiermeister: Rudendorff.

Fliegerangriff auf Offenburg.

WZ. Karlsruhe, 11. Juli. Ein heute erfolgter Angriff mehrerer feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudeschäden verursacht. Personen sind nicht verletzt worden. (3.)

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

WZ. Wien, 11. Juli. Amtlich wird verlautbart: Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine nennenswerten Ereignisse. In Albanien haben sich unsere Truppen in einer neuen Widerstandslinie eingerichtet. Eine im Devoli-Tal vorrückende französische Kompanie wurde abgewiesen.

Neue Versenkungen.

Berlin, 10. Juli. (WZ. Nicht amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Sperrgebiet um England neuerdings 16500 B.M.Z. feindlichen Handelsschiffsräumtes vernichtet. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Sieben Milliarden Entschädigung von Russland.

Berlin, 10. Juli. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Nähe Slowo“ meldet, daß am 2. Juli beim Kommissariat für Handel und Industrie in Moskau eine Sitzung der Hauptliquidierungs-Kommission des Brester Vertrages stattgefunden hat, bei der die Frage des Ersatzes der Kriegsschäden beurteilt wurde, die Deutschland in diesem Kriege erlitten hat. Die allgemeine Summe der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche, die Deutschland von Russland erhalten will, beträgt nach den Feststellungen der Moskauer Kommission 7 Milliarden Rubel, wobei Deutschland, das starken Bedarf an russischen Anleihen hat, darauf bestand, daß diese Ansprüche in allernächster Zukunft liquidiert werden müssen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 11. Juli. Einer Haager Depesche des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge meldet „Daily Express“ aus New-York: An Neuyorker Kreisen verlautet, daß man demnächst ein Fliegerkorps aus Taubstummen bilden. Sachverständige hätten na eingehender Prüfung und Unterjudung festgestellt, daß taubstumme Flieger für alle Gefühle der Bewegung der Höhenluft unzugänglich sind und deshalb als Flieger hohen Wert haben könnten.

Berlin, 11. Juli. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ bewilligte das amerikanische Finanzamt der italienischen Regierung einen weiteren Kredit von 10 Millionen Doar. Damit ist die Summe aller amerikani-

viele Wasserchneepfen, Rehbühner mit roten Kröpfen und die Erde hin; lang streckten sie sich in der Luft aus gleich einer Schlange, setzten im Sprung über Abgründe und stürzten dann mitten in den Dnjestr hinein. Nur zwei Kosaken vermochten den Fluß nicht mehr zu erreichen; sie fielen samt ihren Pferden auf die Felsen hinab und blieben dort für immer tot liegen, ohne auch nur einen Schrei ausgestoßen zu haben. Die andern aber schwammen bereits mit ihren Pferden im Fluße und banden die Boote los. Verdutzt blieben die Polen vor dem Abgrunde stehen; ganz erkaunt über diese unerhörte Kühnheit der Kosaken und noch im Zweifel, ob sie ihnen folgen sollten oder nicht. Nur ein junger Hauptmann, dem das Blut heiß und wild durch die Adern stürmte, ein Bruder der schönen Polin, die den armen Andrij betört hatte, überlegte nicht lange, nahm einen Anlauf und warf sich mit seinem Roß in die Fluten: dreimal überschlug er sich in der Luft mit seinem Pferde und stürzte dann jäh auf die spitzen Felsen herab. Das scharfe Gestein riß seinen Körper in Stücke, der bald im Abgrunde verschwand, und sein mit Blut bemischtes Gehirn spritzte weit über Sträucher, die an den rauhen Felsenklippen des Abhanges wuchsen. Als Tarasz sah, daß der Sälage erhalt hatte, blickte er nach dem Dnjestr hinab, die Kosaken sahen bereits in den Röhren und ruderten davon; die Ängeln regneten nur so von oben auf sie herab, allein sie trafen niemand, und freudig leuchteten die Augen des alten Hetmans.

„Lebt wohl, Kameraden“, rief er ihnen von oben zu, „denk an mich, kommt im nächsten Frühling wieder her und setzt ihnen ordentlich zu. Nun! Was habt ihr erreicht, ihr teuflischen Polen? Glaubst ihr, es gibt etwas auf der Welt, wovor der Kosak sich fürchtet? Wartet nur, es kommt einmal der Tag, wo ihr erfahren werdet, was der rechte russische Glaube vermag! Schon jetzt spüren es die fernen und die nahen Völker! Ein Jar wird erheben aus dem russischen Blute, und es wird keine Macht der Welt geben, die sich ihm nicht unterwerfen müßte!“ Schon züngelte die Blut über den Scheiterhaufen, das Feuer beleckte seine Füße und schlängelte sich in einer mächtigen Flamme am Baume empor. Aber gibt es denn irgendwo in der Welt ein Feuer, gibt es Qualen oder irgend eine Macht, die die Kraft eines Russen zu überwältigen vermöchte?

Ein großer Fluß ist der Dnjestr; er hat viele Buchten, viel dichtes Säckel, viele Sandbänke und gewaltige Untiefen. Es glänzt sein Wasserpiegel; hell klingt das Schreien der Schwäne, und stolz fliegt die Quäker-Ente über ihn dahin;

schen Vorkämpfe an Italien auf 660 Millionen Dollar gestiegen.

WZ. Bern, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Der Verband der Mechaniker des Seine-Departements richtete einen längeren Brief an den Ministerpräsidenten Clemenceau und bewährte sich bitter über die harte Bestrafung der Arbeiterdelegierten, die anlässlich des letzten Streiks und der letzten Arbeiterbewegung in Frankreich verhaftet wurden. Von 150 verhafteten Delegierten seien 41 an die Front geschickt worden und beinahe alle anderen in Strafzollern der Nord- und Ostdepartements verhaftet worden. Die Arbeiterführer hätten ein Recht auf niedrigere Bestrafung gehabt. Die Arbeiter beschwerten sich ferner, daß durch Ausstreitung von Gerüchten über bevorstehende Streiks zwischen der Arbeiterschaft und den Arbeitgebern künstlich Misstrauen gesät werde, jedoch viele Arbeitgeber sich weigerten, mit Arbeiterdelegierten zu verhandeln. Diese Gewaltpolitik habe schon zu viel Unheil angerichtet und müsse endlich aufhören.

Küfche der verschleppten Glast-Lothring. Zu der Meldung der „Straßburger Post“ über das bevorstehende Eintreffen der ersten aus Frankreich zurückkehrenden verschleppten Glast-Lothring erfahren wir, daß der erste Transport am kommenden Montag nicht in Singen, sondern in Konstanz erwartet wird, da in Singen die entsprechenden Räumlichkeiten noch nicht voll zur Verfügung stehen. Die weiteren Transporte werden über Singen ankommen.

Liebesgaben für russische Kriegsgefangene. Bei der Abteilung für Kriegsgefangene in der russischen Botschaft in Berlin sind in diesen Tagen 62 Waggons mit Liebesgaben aus Ausland eingetroffen: 8 Waggons Wäsche, 16 Waggons Zwieback, 8 Waggons Konerven, je 1 Waggon Tee, Zucker und Tabak und 7 Waggons mit Einzel-Rationen. Die Abteilung ist an der Arbeit, um diese Liebesgaben möglichst reich unter die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland zu verteilen.

Das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn.

WZ. Budapest, 11. Juli. Ung. Tel.-Corr.-Büro. Ministerpräsident Dr. Bekerle antwortete auf die am 26. Juni eingebrachte Interpellation des Hg. Hugo Lehne (Katholiken-Partei) in der Angelegenheit des Getreides mit Deutschland und der landwirtschaftlichen Bölle. Auf die Frage des Interpellanten, ob die Regierung das wirtschaftliche Bündnis derart wünsche, daß die landwirtschaftlichen Bölle nicht aufrecht erhalten werden könnten, erklärte der Ministerpräsident, daß dies bezüglich nur Vorbesprechungen stattgefunden haben. Die Ansicht war jedoch, daß, wenn wir mit Deutschland ein Bündnis abschließen, bezüglich der landwirtschaftlichen Bölle gegenseitige Zollfreiheit bestehen soll. Auf die Frage des Interpellanten betreffend die Industriestärke und ob der Minister ein Anhänger des vollkommenen freien Verkehrs sei, erklärte der Ministerpräsident, daß bezüglich der Industriestärke niemals vollkommene Verkehrsfreiheit geplant war, vielmehr soll bezüglich jener Industriezweige, die für unsere Produktionsverhältnisse Schutz erheischen, dieser Schutz auch künftig beibehalten werden.

Der Abschluß der Verträge wird ausschließlich zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn geplant. Ueber Modalitäten, wie andere Staaten einbezogen werden könnten, hat bisher keine Verhandlung stattgefunden. Ich verweise übrigens auf meine feinerzeit gemachten Darlegungen, daß die landwirtschaftlichen Bölle und bei den heutigen Getreidepreisen und insbesondere der außerordentlichen Beschränkungen des Getreideverkehrs und des hohen Transporttages keinerlei Bedeutung hat. In Zukunft wird eine solche Richtung zur Geltung kommen, daß die an hohen landwirtschaftlichen Bölle herabgesetzt werden.

Der „Hysel“.

WZ. Wer in den Morgenstunden durch die Straßen Warschaws wandert, begegnet zuweilen einem grauegstrichenen großen Haken aus Röhren, von einem Pferd gezogen. Neben dem Fahrer des eigenartigen Fuhrwerks sitzt ein junger Bursche — bisweilen sind es zwei halbwüchsige Jungen — und etliche Dutzend Kinder begleiten, auf den Fußstapfen laufend, den Wagen. Erwartungsvoller prägt sich in ihren Augen aus. Auch einheimische Erwachsene bleiben stehen und blicken dem im Trab vorbreitenden Wagen nach.

Das ist der „Hysel“, der Warschauer Hundefänger, dessen Ernte reif ist, wenn die Hunde zum „Morgenpaziergang“ alle auf der Straße laufen dürfen. Er übt die Hundepolizei aus.

Der Wagen hält plötzlich. Von dem niederen Bod springt der Wagenbegleiter und nähert sich mit Vorsicht und Lüge dem ahnungslosen Vierbeiner, der gerade in tiefinnige Betrachtung eines Torpede verunken ist. Eine Bewegung mit dem langen Stock, an dessen oberem Ende eine Schlinge befestigt ist, und der Hund ist gefangen. Er trägt keine Steuermarken und wandert deshalb in den Kassenwagen. Dieser rollt weiter. Wieder ist ein freckloser seltener Hund in Sicht und der Wagenbegleiter macht auf ihn Jagd. Aber nicht immer geht es so glatt. Der Hund rennt davon, der Hundefänger und die Kinder rennen hinterdrein. Endlich ist es gelungen, den Verfolgten in einen Lortweg zu teubien und dort zu stellen. Da zeigt sich, daß der Hund eine Steuermarken trägt und somit das Recht auf Freiheit und Leben besitzt. Nur die Proletarier der Hundewelt, deren Besitzer die Steuer nicht zu bezahlen vermöchten, oder auch leichtsinnige Vierbeiner, die ihre Steuermarken zubause gelassen haben, wandern in den Kassenwagen, der zur Tierstüßstelle fährt. Dort werden die Hunde nach einige Tage aufbewahrt, um dem Besitzer Gelegenheit zu geben, seine Ansprüche geltend zu machen. Die nicht (unter Bestätigung bestimmter Gebühren und gegen Nachweis der Versteuerung) abgeholtene Tiere werden nach einigen Tagen getötet.

Einmal — in der Nuffenzeit — gab es in Warschau viele Hunde und damals blühte das Geschäft des „Hysel“. Der Krieg hat auch hier die „Konjunktur“ verjüngert.

Gewerlich über den...
Ergebnis...
Dann wird...
Neberr...
ihre Aufkl...
dividuelle...
dunkler Ag...
einer große...
dachten Bl...
in den Krie...
die bezahlte...
reichend ist...
Sozialr...
Geldes zur...
die Völkern...
ihm unterst...
das einfach...
an der Aufst...
kundig inter...
die „Deutsc...
tigen guten...
teresse eine...
würde es fr...
erhalten bl...
gegreift dar...
Gegenrevolu...
Reider a...
denheit mit...
Opposition...
schließen hat...
land gegüch...
alle russische...
flügelig den...
der Krieg...
Vollstündig...
kraten im...
Kriegsparte...
verlieft recht...
geheiferten...
überung vor...
nach links...
und die So...
nellen Parte...
Litovsker...
nähe heute...
sie noch aus...
neuen Krieg...
spricht das...
litionäre w...
von Brest-L...

Die Ent...
bürgerlich...
ansichten, in...
lage ruhen, in...
in das Lager...
durch erst ist...
folgende Gr...
worden. Die...
der Gestimm...
dens und...
Nsten bewir...
Die gan...
nicht ausgen...
Fest-K...
stimm“ folg...
Dem Ger...
Alter S...
Samstag...
fit und patri...
Wandernde...
die W...
lassen.
Nomen...
Namen...
über die...
etwas Ent...
Eine...
den Vereini...
Sicht zwei...
Körper der...
ben bisher...
Bingus wu...
aufgelöst.

Bewerkschaftliches.

Gewerkschaftlicher Wiederaufbau. Seine große Artikelreihe über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege verleiht das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit folgenden Worten:

„Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege ist das Ergebnis der Einziehung aller Kräfte auf allen Gebieten des Gewerkschaftslebens. Er zeigt sich schon gegenwärtig in allen Organisations- und Aktions- und legt Zeugnis ab von der unverwundlichen Kraft der Arbeiterklasse, die den Krieg und seine Schrecken überstanden. Er wird sich in wahrhaft erbebender Weise zeigen, wenn die Heere unserer Volksgenossen sich wieder der Heimat zuwenden, um den Waffensack mit dem Arbeitskleid zu vertauschen und sich fortan den Werken des Friedens zu widmen. Dann werden unsere Gewerkschaften emporkriechen und mit ihrem Wirken das Wirtschaftsleben erfüllen, dann werden sie sich als die großen Organisationen des Volkstums offenbaren, die der künftigen Entwicklung des heimischen Wirtschaftslebens dauernd ihre Hilfe auftragen. Dann werden sie sich auch hoffentlich recht bald auf dem Gebiete des friedlichen internationalen Zusammenwirkens aller Arbeiterklassen ihrer früheren Tätigkeit wieder aufnehmen, um das gemeinsame Interesse der Arbeit gegen das international verbündete Kapital zum Siege zu führen.“

Um Krieg und Frieden im Osten.

Ueberraschend schnell hat die Moskauer Wordingung ihre Auffassung dahin gefunden, daß es sich nicht um die individuelle Tat einiger Janatiker noch um das Vorgehen dunkler Agenten der Entente handelt, sondern um einen von einer großen Partei Rußlands ausgehenden großzügig gedachten Plan, Rußland aufs neue an der Seite der Entente in den Krieg zu reißen. So aber ist, die Bolschewiki als die bezahlten Söldlinge Deutschlands zu betrachten, so unzureichend ist auch der Versuch, das verzweifelte Vorgehen der Sozialrevolutionäre auf den Zufluß englischen Geldes zurückzuführen. Daß die Entente jeden Angriff auf die Bolschewikiherrschaft gern sieht, ihm Erfolg wünscht und ihn unterstützt, erklärt sich aus der Lage der Dinge; es ist das einfache Widerpiel der Tatsache, daß Deutschland an der Aufrechterhaltung der Bolschewikiherrschaft so offensichtlich interessiert ist, daß z. B. das alldeutsche Hauptorgan, die „Deutsche Zeitung“, jährl. „Im Interesse der zukünftigen guten deutschen Beziehungen zu Rußland und im Interesse einer gesicherten Entwicklung der Dinge im Osten würde es fraglos liegen, wenn die Herrschaft der Bolschewiki erhalten bliebe und die Gegenrevolution scheiterte.“ Man begreift danach, in wie hohem Grade die Entente an der Gegenrevolution interessiert ist.

Weiter aber läßt sich nicht behaupten, daß die Unzufriedenheit mit dem Prest-Litomsker Frieden und die Opposition gegen die Regierung, die diesen Frieden abgeschlossen hat, durch ausländische Einflüsse künstlich in Rußland geschürt worden ist. Der Prest-Litomsker Frieden hat alle russischen Parteien mit Ausnahme des bolschewikischen Flügels der Sozialdemokratie gegen sich geeint. Solange der Krieg noch dauerte, waren die Bolschewiki mit den Sozialdemokraten im Kampfe für den Frieden einig. Der Spalt der Kriegsparteien und Friedensparteien voneinander trennte, verlief rechts von ihnen, denn nur Offizieren und Kadetten begehrten sich für die Fortsetzung des Krieges bis zur Eroberung von Konstantinopel. Jetzt ist der Spalt viel weiter nach links gerückt: der rechte Flügel der Sozialdemokratie und die Sozialrevolutionäre sind mit den bürgerlich-nationalen Parteien in der entschiedensten Ablehnung des Prest-Litomsker Friedens einig. Wenn also die Sozialrevolutionäre heute mit den terroristischen Mitteln, deren Gebrauch sie noch aus der Zarenzeit gewohnt sind, Rußland in einen neuen Krieg gegen Deutschland hineintreiben wollen, so entspricht das keineswegs ihrer Tradition, denn die Sozialrevolutionäre waren eine Friedenspartei, und erst der Frieden von Prest-Litomsk hat sie zu einer Kriegspartei gemacht.

Die Entente wäre in Rußland ganz ungeschädlich, und die bürgerlich-nationalen Parteien könnten gleichfalls sehr wenig ausrichten, wenn nicht Parteien, die auf breiter Volksgrundlage ruhen, wie die Bolschewiki und die Sozialrevolutionäre, in das Lager der Kriegsparteien übergegangen wären. Dadurch erst ist der Anschlag auf den Grafen Mirbach und die folgende Erhebung in den Straßen von Moskau möglich geworden. Diese den Frieden im Osten bedrohende Wandlung der Gesinnungen wurde durch den Inhalt des Prest-Litomsker Friedens und die gesamte unheilvolle Politik Deutschlands im Osten bewirkt.

Die ganze deutsche Presse, die extremsten Alldeutschen nicht ausgenommen, zeigt sich, wie schon gesagt, jetzt um die

Aus aller Welt.

Fest-Ancipie. Aus Weinheim wird der „Mannh. Volksstimme“ folgendes mitgeteilt:

Dem Gaste der Zeit entsprechend veranstaltete der Verband „Alter Herren des Weinheimer W. S. C.“ am Samstag Nacht einen glänzenden Festkommers mit Musik und patriotischen Tischen und was die Gemächte war, ein prächtiges Festessen. Die Fester dauerte die ganze Nacht, die Musik wurde jedoch schon um 4 Uhr morgens entlassen.

Monumental überflüssig! — Vielleicht bringen „Neue Bod. Landeszeitung“ und „Bod. Landeszeitung“, die sich so sehr über die Marktklasse in Baden-Baden aufregte, auch hierfür etwas Enttäuschung auf.

Eine Eisenbahn-Katastrophe in Amerika. Aus Nashville in den Vereinigten Staaten wird gemeldet, daß in der Nähe der Stadt zwei Personenzüge aufeinander stießen. Die Stadt ist voll mit Verletzten. Über 100 Tote und 800 Verwundete wurden bisher gezählt. Der Lokomotivführer und Heizer des einen Zuges wurden getötet. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Erhaltung des Friedens lebhaft besorgt. Ueberall kommt die auch ganz richtige Meinung zum Ausdruck, daß die Erhaltung des Ostfriedens von der Erhaltung der Völkerrückständigkeit in Rußland abhängig sei. Dem hätte aber nicht so sein müssen, wenn bei dem Abschluß des Friedens von Prest-Litomsk die Rückschlüsse der deutschen Sozialdemokratie befolgt worden wären. Breitesten Schichten der russischen Bevölkerung waren für einen Frieden, der die Lebensinteressen Rußlands schonte, ohne weiteres zu haben, und sie wären bereit gewesen, einen solchen Frieden mit allen Kräften zu verteidigen. Die Hoffnung der Entente, Rußland aufs neue in den Krieg hineintreiben zu können, beruht auf dem Frieden von Prest-Litomsk.

Noch immer ist es, hoffentlich, Zeit, aus den Tatsachen zu lernen. Mag es gelingen, den Aufstieg der Sozialrevolutionäre niederzuwerfen, so haben sich doch diejenigen als gründlich falsche Propheten erwiesen, die behaupteten, man könne Rußland jeden Frieden aufnötigen und brauche nach der Art des russischen Nationalcharakters die Entstehung eines Neobandpatriotismus in Rußland nicht zu fürchten. Nicht eher werden wir von der Sorge um den Osten befreit sein und zu ruhigen Beziehungen dort gelangen, als bis wir an Stelle des Friedens von Prest-Litomsk einen wirklichen Frieden abgeschlossen haben werden, der den Interessen beider großen Völker, des deutschen und des russischen, entspricht und auch von einer nicht bolschewikischen Regierung mit gutem Gewissen vertreten werden kann.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juli.

Am Bundesratspräsident Graf Rüdern, Schiffer. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Die zweite Beratung der Steuerentwürfe wird mit der

Umsatzsteuer

Abg. Meerfeld (Soz.):

Die Umsatzsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Die Produktion wird verteuert, der Handel wird erschwert und schließlich das ganze Wirtschaftsleben wird belastet. Die Lebensmittel der breiten Masse dürfen nicht teurer werden, ebenso muß die Kohle frei bleiben. Die Aufhebung einer besonderen Steuer auf den Verbrauch von Gas, Wasser und elektrischem Licht für die Gemeinden wäre höchst bedenklich. Dagegen könnte die Luxussteuer viel stärker amgezogen werden. Besser wäre vor allem eine gehörige Einkommensteuer. Wir sind bereit, an der Aufbringung derartiger Mittel mitzuwirken. Wir erkennen auch an, daß in die Umsatzsteuer sehr begrüßenswerte Verbesserungen hereinkommen sind. Diese reichen aber nicht aus. Das Gesetz ist der Anfang einer allgemeinen Produktionsbesteuerung. Diesen Zweck können wir nicht mitmachen. Wir sind daher gegenwärtig dieses Gesetz abzulehnen.

Abg. Waldstein (F. Vp.): Die Selbständigkeit ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Danach müßte der selbständige Drochsenfuhrer Umsatzsteuer bezahlen, der angestellte Generaldirektor aber nicht. Entweder sollte man jede Erwerbstätigkeit, auch die Angestellten und Beamten, durch die Steuer erfassen, oder aber man sollte sich auf einen wirklichen Warenumsatz beschränken.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Besteuerung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine förmliche Kontrolle notwendig, die viele Verfolgungen und Prozesse mit sich bringen wird. Für die Landwirtschaft werden weitgehende Privilegien geschaffen. Die Freilassung der freien Berufe müßte auch darin festgelegt werden. Ich beantrage daher einen besonderen § 6a, der Gemeindefähigkeit wird nicht zugerechnet die Ausübung der freien Berufe der Ärzte, der Gelehrten, Künstler, Privatlehrer, Rechtsanwälte, Notare und Schriftsteller.

Abg. Dr. Jund (Natl.): Freilassung der freien Berufe geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschlußberatung hervor.

Der Antrag Bernstein wird abgelehnt. — § 1 wird in der Ausschlußberatung angenommen. — Bei § 2 wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung von Reich, Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie gemischt wirtschaftlicher Unternehmungen wegen der Lieferung von Leitungswasser, Gas, elektrischen Strom usw. abgelehnt. — § 6 befragt, die Steuer beträgt fünf vom Tausend des für die steuerpflichtige Leistung vereinnahmten Entgeltes. Die Sozialdemokraten beantragen, hinzuzufügen, die Steuer beträgt eine vom Tausend für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett. — In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt. — Nach einem Kompromißantrag soll ein § 6a befragen: Besteht eine Unternehmung aus mehreren verschiedenartigen Betrieben, von denen der eine die ihm hergestellten Gegenstände an den anderen liefert, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark übersteigt, umsatzsteuerpflichtig.

Abg. Jrl (Zentr.): Mit diesem Antrag wollen wir dem selbständigen Mittelstand die Existenzmöglichkeit erleichtern. Nur mit diesem Mittelstandsantrag ist das Gesetz für uns annehmbar.

Abg. Feuerstein (Soz.): Dieser Antrag ist volkswirtschaftlich unmöglich. Wir haben allen Anlaß, nach dem Kriege alle Kräfte zu konzentrieren und nicht zu zerpfählen.

Abg. Söhle (Natl.): Vom Standpunkt des Vorredners ist seine ablehnende Haltung durchaus zu verstehen. Wir wollen aber den Mittelstand schützen und erhalten.

Abg. Göttsche (F. Vp.): Der Kompromißantrag ist nur ein Gerechtigkeitsakt.

Staatssekretär Graf Rüdern: Die Befürchtung, daß durch den § 6a die Konsumvereine herangezogen werden würden, ist nicht richtig.

§ 6 wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen. — § 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, Edelmetalle, Perlen usw. vor. — Ein Antrag der Sozialdemokraten will Doublelverleihen streichen.

Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet den Antrag seiner Partei und verlangt eine Erhöhung des Steuerfußes für Luxusgegenstände und Pelztragen.

Abg. Zimmermann (Natl.) beantragt, mechanische Musikinstrumente freizulassen.

Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Zimmermann (Natl.) — Bei § 17 (Ber-

legung von Büchern und Geschäftspapieren) beantragt Abg. Waldstein (F. Vp.), den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angehörigen Auskunftsspflicht auferlegt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Vertrauensverhältnis zum Chef soll nicht betroffen werden. Die Auskunft wird nur in vereinzelten Fällen und dann sehr vorsichtig eingeholt werden. Wir müssen im Interesse der ehrsüchtigen Steuerzahler die unehrlichen heranziehen. Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle Fälle, durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden. Das dürfte dem Chef noch unangenehmer sein, als die Auskunftsspflicht der Angehörigen.

Der Absatz wird gestrichen. — Nach § 30 dürfen Steuern vom Warenumsatz, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch in Bundesstaaten und Gemeinden bestanden, vom 1. April 1918 an nicht weiter erhoben werden.

Abg. Raden (Zentr.) beantragt folgende Fassung: Von Unternehmungen, die vorwiegend Lebensmittel vertreiben, dürfen vom 1. April 1918 Steuern vom Umsatz dieser Waren in Einzelstaaten und Gemeinden nicht mehr erhoben werden.

Abg. Reil (Soz.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Gegenüber dieser großen Reichsteuer darf eine einzelstaatliche Steuer auf den gleichen Gegenstand nicht bestehen.

Abg. Koch (F. Vp.) spricht sich gegen die Bestimmung aus, daß das Reich den Bundesstaaten aus diesen Steuern 10 Prozent zu überweisen hat als Vergütung für die Verwaltung und Erhebung von 5 weiteren Prozent an die Bundesstaaten zur Ueberweisung an die Gemeinden, die für die Lebensmittelversorgung Einrichtungen getroffen haben. Wir sind bereit, dem Antrag Raden beizutreten.

Abg. Jund (Natl.): Wir stimmen dem Antrag Raden zu. Die Einzelstaaten mögen es mit sich ausmachen, wie sie sich zur Umsatzsteuer stellen wollen.

Abg. Warmuth (D. Fr.): Mit dem Ausschlußbeschuß würde auch die einzelstaatliche Warenhaussteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsgesetzgebung sein.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den jährlichen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu.

Der Antrag Raden wird angenommen. — § 35 besagt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt. — Ein Antrag Bernstein (U. Soz.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzusetzen, wird abgelehnt. — Es bleibt beim Ausschlußbeschuß.

Das Branntweinmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. — Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. — Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zoll und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragssetzes und einer Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Die erste Lesung des von dem Hauptauschuß vorgelegenen Gesetzes und des Nachtragssetzes geht ohne Aussprache vonstatten. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragssetz werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, doch noch in die Beratung des Branntweinmonopols einzutreten und zwar die Redner zu § 1 zu hören, um die morgige Tagung zu entlasten. Zu der Materie sprechen noch die Abgg. Schwarz-Bippstadt (Zentr.), Breh (Soz.), Dr. Bärwinkel (Natl.), Schief (F. Vp.), Bienthal Krumm (D. Fr.), Wurm (Soz.) und Diez (Zentr.). Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem Anfragen, keine Vorlagen und Petitionen, 3. Lesung der Steuerentwürfe bis auf das Branntweinmonopol. Schluß 4 1/2 Uhr.

Baden.

Ergänzung der Gemeindebesteuerung. Zum Vollzug der Ergänzung der Gemeindebesteuerung wurde nachstehendes verordnet: Die unter den § 99 a der Gemeindeordnung (Städteordnung) fallenden Personen haben zum Zweck ihrer Verzeichnung der Gemeindeumlage, Steuererklärungen abzugeben, wie es nach den für die Anmeldeung zur Staatssteuer bestehenden Vorschriften zu geschehen hätte, wenn sie ausschließlich mit ihrem Kapitalvermögen der Vermögenssteuer sowie mit dem in Artikel 2 Ziffer 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Einkommen der Einkommensteuer unterlägen. Für ihre erstmalige Veranlagung auf Grund der neuen Vorschriften haben diese Pflichtigen ihr Kapitalvermögen und ihr Einkommen nach Artikel 2 Ziffer 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes anzumelden. Dabei muß das Vermögen und Einkommen nach dem Stand am 1. Januar 1918 und mit Wirkung von diesem Tage an angemeldet werden oder, wenn die Voraussetzung für die Verzeichnung der Umlage damals noch nicht gegeben waren, nach dem Stand am Tage des späteren Beginns der Umlagepflicht und mit Wirkung von diesem Tage an. Wer dagegen in beschränktem Umfang bisher schon staats- und demnach auch gemeindeeinkommensteuerpflichtig war, hat sein gesamtes steuerbares Einkommen nach dem Stand der Verhältnisse am 1. April 1918 anzumelden, und zwar mit der durch Artikel 9 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vorgeschriebenen Fristenfrist, frühestens inbessen mit Wirkung vom 1. Januar 1918 an.

Gerichtsferien. Am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien und dauern bis zum 15. September. In dieser Zeit wird der Arbeitsstoff der Gerichte nach Möglichkeit eingestrichelt und es werden zunächst nur die dringenden Gegenstände erledigt. Dazu gehören u. a. die Strafsachen, die Konkursverfahren, Lohnstreitigkeiten, Wechselsachen, Mah- und Marktsachen, ferner die Mahn- und Arrestverfahren.

Seibelberg, 10. Juli. Vor wenigen Tagen hat ein 18-jähriger jugendlicher Edelknecht, der von der Kriminalbehörde gefaßt wird, aufgehallen. Es handelt sich um den 17jährigen Herbert Ralhszka, der in Ludenwalde als Buchhalter beschäftigt war und durch Schießereien sich den Betrag von 80 000 M. verschaffte. Er hatte in einem Hotel im Stadtteil Neuenheim gewohnt und war unter Hinterlassung von Festschulden verhaftet worden. Man vermutet, daß er nach der Schweiz zu entkommen sucht.

Rheinweiler bei Mühlheim, 11. Juli. Von der Rheinweiler wurde der Sohn eines Bürgermeisters aus einem mehrgeschlossenen ehrsüchtigen Orte angehalten und ihm 11 Pfund Butter abgenommen, welche er hier gewaschen hat. Er steht laut „Tag. Tagesspost“ im Verdacht, schon seit längerer Zeit den Schleichhandel betrieben zu haben.

Schönwald, 10. Juli. Drei hier weilende Fremde sind wegen Gamsters zur Anzeige gebracht worden.

Werkt fortwährend neue Abonnenten!

Ausland.

Kopenhagen, 11. Juli. Zu den dänisch-isländischen Verhandlungen meldet „Berlingske Tidende“ aus Kopenhagen, daß die Aussichten für eine Verständigung bedeutend günstiger seien als in der letzten Woche. Die radikalen Mitglieder des isländischen Allthings fordern, daß das Verhältnis zwischen Island und Dänemark durch Vertrag festgelegt wird. Im isländischen Volk wächst die Stimmung für eine feste und enge Union mit Dänemark. Nach einem Telegramm aus Kopenhagen verlautet, daß beiderseitig Zugeständnisse gemacht worden sind. In der Flaggenfrage hat Dänemark nachgegeben, so daß Island seine eigene Flagge erhält. In der Frage des Eingeborenen-Rechtes hält Dänemark an seinem Standpunkt fest.

Budapest, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen.

Eine Mafseierprozeß in Dänemark. Das Kriminalgericht in Kopenhagen sprach in diesen Tagen drei Jungsozialisten frei, die bei der Demonstration am 1. Mai Fahnen mit aufreizenden Inschriften getragen haben. Das Urteil wurde damit begründet, daß die Verhafteten die politische Ueberzeugung einer gleichmäßig zulässigen Partei behandelten hätten. Der Polizeipräsident beabsichtigt, die Sache an das Reichsgericht gelangen zu lassen.

Deutsches Reich.

Sich selbst verraten.

Soeben erscheint der Bericht der Finanzkommission des Herrenhauses, der wieder ganz angefüllt ist mit Klagen über das verfehlte System der staatlichen Ernährungswirtschaft. Da ist es denn außerordentlich interessant, daß gerade in diesem Augenblick die „Deutsche Tageszeitung“ sich selbst verrät und feststellt, daß nur die durchgreifende, planmäßige staatliche Erfassung in der Kriegszeit die Ernährung des Volkes sichern kann.

Dieses Geständnis entfährt die „Deutsche Tageszeitung“ aus Mut darüber, daß möglicherweise Oesterreich noch weitere Lebensmittelunterstützung von Deutschland erhält. Angesichts dieser Wahrscheinlichkeit stellt die „Deutsche Tageszeitung“ fest:

„Der Mangel in Oesterreich ruht nicht auf irgend einer natürlichen Katastrophe, sondern darauf, daß man nicht gewagt hat, die Lebensmittel an der Stelle zu erfassen, wo sie erfährt werden können. ... Auch hat man überhaupt nicht rechtzeitig genug an eine Nationalisierung dachte, weiß man in Deutschland.“

Es wird dann des weiteren ausgeführt, wie eine verfehlte Nahrungsmittelpolitik die Ernährungslage verschlechtert hat. Darauf kommt in diesem Zusammenhange nichts an; wesentlich ist uns nur, daß die „Deutsche Tageszeitung“ endlich zugibt, daß nur rechtzeitige Nationalisierung und zugreifende Erfassung beim Erzeuger die Volksernährung sicherstellen kann. Das deutsche Kriegsernährungsamt sollte sich diese Anerkennung merken.

Im übrigen steht in diesem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen, daß dem deutschen Volk jetzt tägliche Brot statt täglichem Brot geboten wird. Hoffentlich regt sich die Junkerpresse nun nicht mehr so unniüt auf, wenn Scheidemann das Gleiche im Reichstag sagt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Großkonzertorium für Musik. Die 7. öffentliche Prüfung am Donnerstag bestand in ihrem größeren Teil aus Schülerkonzerten zweier junger Damen, die von den Komponistinnen selbst vorgeführt wurden. Es waren Klavierstücke und Lieder, durch die die Fräulein S. Magagnani und G. Mettenberger bewiesen, daß sie für Klavier und Gesang geschickt zu schreiben verstehen und über gesunde musikalische Einfälle verfügen. Wenn sie sich einmal an größeren Formen versucht haben werden, wird man eher ein Urteil über ihr kompositorisches Talent fällen können. Eine Sonate für Violoncello, von Herrn Fritz Billing mit ebenso schönem Ton als glatter Technik vorgelesen, ein Satz aus dem Streichquartett e-moll op. 18 von Beethoven, von Fr. C. Dietrich, G. Neumann, dem Herrn Karl Wehinger und F. Billing mit dieser Wärme und in gut ausgeglichener Zusammenfassung geboten, und Sonate für Klavier und Violine G-dur op. 30 von Beethoven, welche Fr. C. Neumann und Mettenberger sehr gut durchführten, vertraten an diesem Tag den schönen Zweig der Kammermusik. — Das Konzert vom Freitag war durch die „spanische Krankheit“ auf 4 Nummern zusammengeschmolzen, die aber zum größten Teil eine so köstliche Ausführung erhielten, daß es sich des Kommens wohl verlohnte. Fr. C. Dietrich eröffnete die Aufführung mit den sehr brav gespielten Air varié op. 15 für Violine von de Veriot. Es folgten 4 Gesänge für Frauenchor a capella. Sie wurden von den vereinigten Chor- und Treffübungs-Klassen in unübertrefflicher Weise gesungen. Schöne Stimmen und feine Nuancierung verschmolzen sich zu wohlthuendem Klanggebilde. Fr. C. Dietrich gab die Cavatine aus „Freischütz“ zum besten, mit einer jarten, aber tragenden, in allen Lagen gleichmäßig leicht anprechenden Stimme. Ein Feuerwerk an Koloratur ließ Fr. C. Dietrich in der ersten Arie der Königin der Nacht aus der „Zauberflöte“ los. Daß sie ausdrucksvoll zu singen versteht, bewies sie in der mit feinem Verständnis für den Mozartstil wiedergegebenen „Mosenarie“ aus „Figaro“. Die Prüfung am Samstag bildete, obwohl das angezeigte Violinkonzert von Mendelssohn nicht zum Vortrag kommen konnte, einen Höhepunkt in den diesjährigen Aufführungen, und zwar durch die Wiedergabe des Konzerts von Schumann durch Fr. C. Dietrich und G. Mettenberger. Das war eine künstlerische Leistung vom ersten bis zum letzten Takt, seelenvoll und technisch glänzend. Fr. C. Dietrich eröffnete den Nachmittag mit 2 Sätzen aus Konzert G-dur op. 503 von Mozart, die sie mit glatter Technik und ausdrucksvoll vortrug. Die Art und Weise, wie Herr Karl Wehinger 2 Sätze aus einem Violinkonzert in a-moll von Vioti spielte, verdient volles Lob. Bei weiteren Studien werden die beiden letztgenannten gewiß noch größere musikalische Selbständigkeit erlangen.

Furchtbar, ganz furchtbar. Wir lesen in der „Neuen Bad. Landeszeitung“:

Arbeitskommission.

Nachmals das Unannehmbar der Regierung.

Die Erörterung der grundsätzlichen Fragen wurde in der letzten Sitzung vor der Vertagung des Reichstags am 8. Juli zu Ende geführt. Beschlossen wurde, daß für die dem Verleher dienenden gemeinnützigen Staatsbetriebe Arbeitskammern innerhalb der betreffenden Betriebsverwaltung gebildet werden, und weiter, daß für die Wahlen der Arbeitervertreter sinngemäß die Vorschriften des Gesetzes gelten. Das letztere bedeutet also, daß direkte Wahlen auch für die Eisenbahnerkammern stattfinden, und daß ihre Organisationsfunktionäre wählbar sind. Des Ferneren wurde beschlossen, daß die Fachkammern nur die besonderen Verhältnisse des Gewerbes, für welche sie errichtet sind, zu erörtern und zu beschließen haben, daß aber bei Beratungen der allgemeinen Arbeitskammern über Angelegenheiten, welche gemeinsame wirtschaftliche oder soziale Interessen der Arbeiter oder Unternehmungen des Bezirks der Kammer betreffen, Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer aus den besonderen Kammern in die allgemeine Kammer eintreten. Soweit der Bezirk einer gemeinsamen Kammer mehr als einen Bezirk einer öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie umfassen, sollen Bezirksabteilungen zunächst in Anlehnung an die Bezirke dieser öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie gebildet werden. Auch in diese Bezirksabteilungen sollen bei der Verhandlung gemeinsamer wirtschaftlicher oder sozialer Fragen dieses Bezirks Vertreter der Fachkammern eintreten.

Von Bedeutung ist eine Erklärung des Regierungsvertreters, daß sie unter der grundsätzlichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, über die die Eisenbahner die Einigungsämter der Arbeitskommission anrufen können, die gesamten Fragen des Arbeitsverhältnisses versteht, also die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Annahme, des Urlaubs usw. Ausgeschlossen sollen nur Einzelstreitigkeiten sein, über die der Arbeiter eventuell die Entscheidung der zuständigen Gerichte anrufen kann. Die nähere Formulierung der grundlegenden Beschlüsse der Kommission wurde einem zehngliedrigen Unterausschuß überwiesen, der 8 Tage vor dem Wiedersitzungstermin des Plenums im Herbst mit seinen Arbeiten beginnen und dann dem Gesamtschuß für die zweite Lesung den entsprechend durgearbeiteten Entwurf vorlegen soll.

Der Staatssekretär Frdr. v. Stein hielt sich für verpflichtet, der Kommission zum Schluß noch einmal seine ersten Bedenken gegen eine Reihe der von der Kommission gefassten Beschlüsse vorzutragen. Die Regierung habe den ersten Wunsch, daß aus den Beratungen der Kommission Entschlüsse erwachse. Die Regierung müsse jedoch daran festhalten, daß der sachliche Aufbau der Kammern das Primäre sein müsse, und daß territoriale Kammern nur für den Rest der durch sachliche Kammern nicht erfaßten Arbeiter in Frage kommen könnten. Auch an der Abgrenzung der Personalkreise wie sie der Entwurf vorsehe — also Ausschließung der Seeleute und Landarbeiter — meine die Regierung unbedingt festhalten zu müssen. Er schloß, daß bei dieser Sachlage die Arbeiten der Kommission vergeblich sein könnten. Wenn trotzdem ein Vertreter der Regierung an den Beratungen des Unterausschusses, dem Wünsche der Kommission entsprechend teilnehmen werde, so dürften daraus keine Forderungen für eine spätere Zustimmung der Regierung hergeleitet werden.

In einer Erörterung dieser Erklärung trat die Kommission nicht ein. Es bleibt also dabei, daß der Unterausschuß auf Grund der Kommissionsbeschlüsse eine Umarbeitung der Regierungsvorlage vornimmt. Dazu soll die Prüfung der Frage gehören, ob das gemeinschaftliche Einigungsweien ganz in diesem Geleise geregelt werden soll.

(Was in Deutschland alles möglich ist!) Aus Durlach

4. Juli, wird uns geschrieben: „Sehr geehrte Redaktion! Im letzten Montagabend besuchten wir das Konzert im Baden-Badener Kurgarten. Lange schwebte die Musik. Dann begann sie mit der Marietta!! Dreimal erlangen die Töne der französischen Nationalhymne enthalten in der Ouvertüre zu „Mabepierre“, wie hellgelender Ritzel aufweist vor unseren erstaunten Ohren. Unter Erstaunen und unsere Entrüstung wuchs aber noch, als sich niemand im Publikum — außer uns — darüber beiderworte. Wenn das in Frankreich geschehen wäre!! Ja, der Volksstolz!“

Eines Kommentars bedarf diese Zudrill nicht. Wenn das in Frankreich geschehen wäre? Ja, dann wäre wahrscheinlich die Kapelle geknast worden, oder der Durlacher — Versetzung Paris — Böbel hätte sonst einen Unfug mit den Musikanten verübt. Es gibt eben in Paris — wie in Durlach — auch noch genug Leute, die sich anstelle von wirklichen Geldentaten an der Front liebe mit Erbschindelentaten in Kurgärten und sonstigen Orten weit hinter dem Fesselballon begnügen.

Aus der Mannheimer Kunstszene. Am Sonntag wurde in der städtischen Kunstszene Mannheim im Rahmen der Unternehmungen des freien Bundes eine große Gesamt-Ausstellung des Schaffens Prof. Max Säugers (Karlsruhe) eröffnet, die zum erstenmal einen geschlossenen Überblick über die vielseitige Tätigkeit dieses Künstlers gibt. Im Mittelpunkt steht die Keramik, die in ihrem Entwicklungsgang von den frühen Arbeiten bis zur jetzigen Zeit in einer reichen Folge seltener und gewählter Stücke vorgeführt wird. Die übrigen Teile der Ausstellung vereinigen Zeichnungen, Studien und Aquarelle, sowie Entwürfe projektiert und Photographien ausgeführter Bauten und Gärten. Die Dauer der Ausstellung ist auf vier Wochen vorgegeben.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Vertriebsabteilung bezogen werden. Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 15. Heft vom 2. Band des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unser neues Aktionsprogramm. Von Arno Franke. — Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Von Georg Schöpf. — Schattenspiele aus der Kindheit der Sozialdemokratie. Von Wilhelm Bloß. I. Bernhard Weder als Nachfolger Lassales. — Die verfloßene Berliner Opernfaison. Von Dr. Bogumil Zeppler. — Aus der internationalen sozialistischen Bewegung: Wahlen in Holland. — Literarische Rundschau: Handbuch der Wirtschaftsgeschichte herausgegeben von Prof. Dr. G. Brundis. 1. Band: Englische Wirtschaftsgeschichte. Von Heinrich Cunow. — Notizen: Auslands wirtschaftliche Schwächung.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. — Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen

hatte am Sonntag, den 30. Juni nach Weimar eine Sitzung seines Beirats, der Vertretung sämtlicher Unterorganisationen, einberufen. Vertreten waren 1120 Kassen mit 5 1/2 Millionen Mitglieder. Den Mittelpunkt der Tagung bildete die Arztfrage. Die Ärzte fordern eine Erhöhung ihrer Gebühren um 50 Proz., obwohl ihre Einkünfte während des Krieges sich dadurch mehr als verdoppelt haben, daß fast zwei Drittel der Ärzte zum Heeresdienst einberufen sind und die in der Heimat verbliebenen Ärzte durch ihre Tätigkeit als Lazarettärzte und für die gemeindeübliche Kriegsfamilienhilfe erhebliche Nebeneinkünfte beziehen. Mit Schluß dieses Jahres laufen bei den meisten Kassen die „Arztverträge“ ab, so daß in nächster Zeit allerorts Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen bevorstehen. Der Beirat nahm nach einem Bericht des Geschäftsführers des Hauptverbandes, Lehmann-Dresden, ausführliche Beschlüsse an, die eine Richtschnur für die Verhandlungen abgeben. Die Krankenkassen sind bereit, Honorarerhöhungen in Form von Kriegszulagen zuzugestehen, sofern die Kriegsverbältnisse nicht bereits eine wesentliche Verbesserung der Einkünfte der Ärzte herbeigeführt haben, oder soweit es sich um den Ersatz barer Auslagen handelt.

Auch gegen die von den Ärzten verlangte Erhöhung der Mindestsätze der staatlichen Gebührenordnungen wurde entschieden. Ein Anspruch erhoben. Ueber den Stand des Berliner Abkommens zwischen den Organisationen der Ärzte und der Krankenkassen berichtete Verbandsvorsitzender Frähdorf-Dresden. Die Kassen verlangen die unbedingte Anerkennung und Durchführung des Abkommens im ganzen Reiche und die Ausgestaltung des Abkommens durch eine Instanz, die erforderlichenfalls die Arztverträge nachprüfen kann.

Ueber die unzureichende ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder infolge des Mangels an Ärzten und der ungleichen Verteilung der Ärzte sprach Kassenvorsitzender Pöhlender-Leipzig. Er forderte die Zusammenfassung der ärztlichen Tätigkeit in Beratungsstellen, die von den Krankenkassen nach Art der Polikliniken zu errichten wären.

Ueber die Stellungnahme der Ärzte zu der Wiedereinbeziehung derjenigen Privatangestellten in die Krankerversicherung die infolge erhöhten Einkommens ausgeschieden sind, sprach Reichstagsabgeordneter Bauer-Berlin. Er wendete sich mit großem Nachdruck gegen die Haltung des kurz vorher abgehaltenen außerordentlichen Arztetages in Eisenach, der sich aus egoistischen Standesinteressen allen sozialpolitischen Fortschritten entgegengesetzt hat. Ueber die Arzneiverordnung der Krankenkassen sprach sodann Geschäftsführer Lehmann-Dresden, indem er auf die immer noch anhaltende Steigerung der Arzneipreise hinwies und die Krankenkassen ersuchte, durch entsprechende Einwirkung auf die Ärzte und zweckmäßige Vereinbarungen mit den Apothekern Erparnisse durchzuführen. In einem weiteren Vortrag forderte Verwaltungsdirektor Kühn-Siegburg eine stärkere Beteiligung der Krankenkassen am Fürsorgeeisen und eine weitgehende Zentralfürsorge der verschiedenen Fürsorgezweige. Sodann berichtete Direktor Kohlen-Berlin über die Wirkungen des Krieges auf die Gesundheitsverhältnisse der Versicherten und die zu treffenden Maßnahmen, um den Gesundheitsrückgang in den Kriegsbetrieben entgegenzuwirken.

Einer der wichtigsten Gegenstände war die Gründung eines Versicherungsvereins deutscher Krankenkassen, der eine Aufrechterhaltung und Sinterlebensversicherung der Kassenangestellten schaffen soll. Die Gründung dieses Versicherungsvereins wurde unter lebhafter Anteilnahme einer großen Anzahl von Kassen beschlossen und die dazu vorliegende umfangreiche Satzung beraten. Der Versicherungsverein wird keine Tätigkeit in aller nächster Zeit aufnehmen und damit ein bedeutendes Werk sozialer Fürsorge durchführen.

Kommunalpolitik.

Die Wünsche der badischen Städte zur Späthilfsversorgung. Der am 20. Juli in Oberkirch stattfindende Städtekongress der mittleren Städte Badens wird sich u. a. auch mit der Späthilfsversorgung beschäftigen. In den hierzu von Bürgermeistern Reich-Radolfzell aufgestellten Thesen wird gefordert, daß mit Rücksicht auf die voraussichtlich geringe Ernte die öffentliche Bewirtschaftung des Obstes beizubehalten ist. Ueber den Verkauf wird in den Thesen festgelegt, daß zu Aufkauf der Obstversteigerer der Bad. Obstversorgung nur ganz einwandfreie Personen genommen werden dürfen, und daß diejenigen Aufkäufer, die sich im letzten Jahr nicht bewährt haben, auszuschließen sind. Außerdem soll in jeder Stadt ein Vertrauensmann der Geschäftsstelle der Obstversorgung im Benehmen mit dem Bürgermeisteramt aufgestellt werden. In den Thesen wird dann weiter gewünscht, daß für jeden bad. Kreis eine Untergeschäftsstelle der Bad. Obstversorgung zu bilden ist, welcher die Ueberwachung des Aufkaufs, des Verkehrs und die Ausgabe der Verbandsscheine den Städten zuzusenden, bei schlechter Ernte soll die öffentliche Bewirtschaftung eintreten.

Zu den Preisen wird ausgeführt, daß die letztjährigen Erzeugerhöchstpreise keinesfalls überschritten werden sollen. Die Spanne zwischen dem Großhandels- und Kleinhandelspreis sollte erhöht, dagegen die Gebühr der Geschäftsstelle und Aufkäufer ermäßigt werden. Die Vereitung von Most sollte den Privaten in auskömmlicher Weise gestattet sein. Von einer zentralisierten Mostbereitung bei der Bad. Obstversorgung sei abgesehen, dagegen in den Städten und Städteorganisations die Einfuhr von Most und Mostsaft aus dem Ausland zu gestatten.

Konstanz, 10. Juli. Der Bürgerausschuß hat der Einführung der Kurze zugestimmt. Bei den Beratungen kündigte Oberbürgermeister Dietrich für die Zukunft eine Luftbarkeitssteuer an, die zusammen mit der Fremdensteuer drei bis vier Steuerpfennige im Etat decken soll. Rame diese Steuer nicht zur Einführung, so würde sich eine Erhöhung der Gaspreise nicht vermeiden lassen.

Geriichtszeitung.

Zigarrendiebe. In einer Eckenheimer Zigarrenfabrik wurden am 25. April etwa 18 000 Zigaretten und ein Fahrrad gestohlen. Die Strafammer in Mannheim verurteilte die Diebe, den 21-jährigen Tagelöhner Philipp Koch aus Neulandheim zu 1 Jahr 3 Monaten, den 23-jährigen Spengler Eduard Vastian aus Mannheim zu 1 Jahr Gefängnis und zwei Frauenpersonen zu je 6 Monaten Gefängnis.

Dem Ge... weitere M... die Gees... Wir sind... Judhaus... Landes... r... diese... jeder d... worden... Da... eichara... werden, m... vielen F... führen... einmal g... beiten, w... wieder h... Run zu... Kassen... sere An... (S... sind... weiten... (Zeuge g... gegen den... einem Ver... hal. Neben... minister h... Anlaß vor... wor das, um... minister ein... entfiel; es... Köm... W... gewesen sei... ministerium... anlassen... steht in gar... sollte nach... auch sollen... stellt sind die... siegenen, bi... ha... n... den Sch... erhalten bei... Kriegs... Preise im... Es ist ganz... für stehen... in die K... freistehen, de... weiteilen... gegen einen... allerdings ein... punkt der... Vor... s... s... als... Million Mar... Baden... durch die... bechm... die Agita... dem Namen... fang... führen aus... der Soldaten... Die K... mit Ge... Steit... Vorw... ha... s... d... der... will, das... General... Stand... s... d... durch au... Klassen, die... post... der „B... ten. (Sch... bezüglich... Männer. D... hat die un... für einen... sind fogar... Die Bezi... der poli... auch die Deu... teige... den sofort... freit... gen... laß... Landes... der preuß... hat eine un... ist. (Sch... der Sp... st... s... w... im... das genügt... nächst... mit einem... lauf des... gebau... wird der... belommen... je...

Soldatenwünsche im Reichstag.

Wede des Abg. Stücklen in der Reichstagsitzung vom 5. Juli.

Abg. Stücklen (Soz.):

Dem Gesetz über die Milderung der Strafen stimmen wir zu. Weitere Milderungen werden hoffentlich folgen. Dem Gesetz über die Heeresunfähigen dagegen können wir nicht zustimmen. Wir sind damit einverstanden, wenn diese Leute, die einmal eine Zuchthausstrafe sich zugezogen haben, für die Verteidigung des Landes herangezogen werden. Das kann geschehen durch Aenderung der Wehrordnung, indem die Heeresverwaltung das Recht erhält, diese Leute zum Dienst einzuziehen wie jeden anderen. Jeder dahingehende Antrag ist aber in der Kommission abgelehnt worden. Das Gesetz, wie es vorliegt, trägt einen reinen Polizeischarakter. Alle Leute, die einmal mit Zuchthaus bestraft wurden, müssen sich jetzt melden. Dadurch wird ihre Strafe in vielen Fällen erst bekannt. Das kann zu ganz unglaublichen Härten führen. Die Hauptfrage ist für uns, daß man Leute, die einmal getrauscht sind, die Hand reichen sollte, sich Emporgearbeiteten, während man hier Tausende, die sich emporgearbeitet haben, wieder hinabstößt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum Militäretat. Die Wünsche, die uns aus den Kreisen der Soldaten zugehen, sind äußerst zahlreich. Ueber unsere Anträge, die der Niederschlag der Wünsche der Heeresangehörigen sind, sind die Vertreter der Militärverwaltung in der zweiten Lesung stillschweigend hinweggegangen. Wir sind zwar Zeuge gewesen einer Enttäuschungsaffäre des Kriegsministers gegen den Ton des Abg. Müller-Reinigen, die aber dann zu einem Verständigungsfrieden zwischen den beiden Herren geführt hat. Nebenfalls liegt zu dem gereizten Wesen, das der Kriegsminister hier zur Schau trägt, wenn ihm etwas nicht paßt, kein Anlaß vor, denn wenn wir hier Beschwerden vorbringen, so tun wir das, um Verbesserung herbeizuführen. Ich sandte dem Kriegsminister ein Päckchen Tabak, das

Gäffel hat Tabak

enthielt; es stammte von der Firma Hermann zu Jakobsmühle in Köln-Rühlheim. Die Firma besitt, daß in ihren Päckchen Gäffel gemessen sei, was aber ganz zweifellos der Fall sei und das Kriegsministerium antwortet mir, es könne weiteres nicht veranlassen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Wohnungsverhöhung steht in gar keinem Verhältnis zur Erhöhung aller Preise. Man sollte nach der Länge der Dienstzeit die Erhöhung geben, auch sollten mehr Leute befördert werden. Besonders schlecht gestellt sind die aktiven Unteroffiziere, ganz ausnahmsweise schlecht diejenigen, die über 40 Jahre alt werden. Die preussische Eisenbahnerverwaltung stellt solche Leute nicht mehr an, aber für den Schutzensgraben sind sie noch gut genug. Die Soldaten erhalten bei Selbstverpflegung nur 2 M., eine Erhöhung hat das Kriegsministerium abgelehnt mit der Begründung, daß die Preise im Sinken begriffen sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Es ist ganz unwirksam, daß die Soldaten unter einer Pfleierskur stehen wie Gefangene. Politik wird heute in starkem Maße in die Armee getragen, dann müßte es auch den Sozialdemokraten freistehen, den Soldaten Vorträge zu halten. Bei manchen Anwesenheiten hat man abstimmen lassen, ob die Soldaten für oder gegen einen Verständigungsfrieden sind. Ein Offizier erließ allerdings einfach den Kompaniebefehl, der den Stabskapitän der Kompanie festlegen sollte. Vor Hamburger Landwehrleuten erlaubte sich ein Offizier, das Andenken Webers zu schmälern als eines Mannes, der, ohne je gearbeitet zu haben, eine Million Mark Vermögen aus Arbeitergroßen erworben hat. Das Andenken Webers steht in Arbeitertreuen viel zu hoch, als daß es durch die

Dreckschleuder eines solchen Offiziers

beschnitten werden könnte. (Zustimmung b. d. Soz.) Wer bezahlt die Agitation für die Vaterlandspartei, die unter dem Namen „Aufklärungsdienst“ geht? Ich habe hier eine Empfangsbekanntmachung, wonach derartige von Major bestellte Broschüren aus dem Kantinenfonds, aus den Spargroschen der Soldaten bezahlt werden. (Lebhaftes Hört! hört! b. d. Soz.) Die Bekünte der Soldaten wird überwachet, in schlimmer Weise wird Sperrungsschmiffel getrieben. General Vietinghoff in Steinhilber bietet in den Lagaretten, die ihm unterstehen, den „Vorwärts“, und das Kriegsministerium erklärt, dazu habe er das Recht. Was liegt denn die Grenze des Rechts eines kommandierenden Generals? Wir haben die unerbüllte Militärdiktatur, der kommandierende General kann machen, was er will, das Kriegsministerium ist machtlos gegen ihn. Und wenn General Brißberg jagte, der General sei aufgefordert, seinen Standpunkt nachzuprüfen, so hat das gar keinen Zweck. Wahrscheinlich wird er gegen Recht rechtlich. Aber täuschen Sie sich nicht über die Erbitterung und den Groll, der dadurch ausgeprägt wird und über die Aufhebung der Waffen, die dieses Vorgehen hervorruft. Selbst ein Armeepolinspektor hat sich das Recht herausgenommen, Nummern des „Vorwärts“ teilweise zu beschlagnahmen, teilweise zu vernichten. (Lebhaftes Hört! hört!) Die Bevormundung der Soldaten bezüglich ihrer Rekrute paßt für Schulbuben, nicht aber für reife Männer. Die

politische Schmiffel

hat die unangenehmsten Formen angenommen. Geldzeichnungen für einen Verständigungsfrieden sind den Soldaten verboten, sie sind sogar dafür eingesperrt worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Weizsäckerkommandos haben den Industriekommissionen Listen der politisch verdächtigen Leute eingefordert, wobei auch die Leute angegeben wurden, die an Lohnbewegungen teilgenommen haben. Bei Eintritt einer Lohnbewegung werden sofort Weisungsbefehle verschickt und dann befohlen, daß man noch, daß Eingehungen aus politischen Gründen wegen Lohnbewegungen stattfinden. Im Juni ist ein Erlass ergangen, der politische Weisungen auf eine Stufe mit Landesverrat stellt. Die Soldaten sind empört über die Weisheit des preussischen Landtags, die das Wahlrecht verweigert. Das hat eine ungeheure Erbitterung bei den Feldgrauen ausgehört. (Lebhaftes Hört! hört! b. d. Soz.) Man spricht immer von der Sparsamkeit. Ein Beispiel aus der Praxis: Im Generalstabgebäude braucht man die Wohnung des Chefs zur Bureauarbeit; ihm steht ein Wohnungsgehalt von 15 000 M. zu. Aber das genügt nicht. Man will eine Villa am Kurfürstendam zu nächst für 20 000 M. mieten und sie für den Dienst noch umbauen, mit einem Kostenaufwand von 40 000 bis 50 000 M. Nach Ablauf des Mietvertrages wird man dann sagen: Nachdem wir soviel Gemeindegeld haben, müssen wir die Villa kaufen. Offensichtlich wird der Reichstag diese Sache verhindern. — Erhöhungslaub bekommen jetzt nur Schwabermundete, und wir müssen

nichts daran ändern. Kein Reichstagsabgeordneter ist in der Lage, Urlaub oder Entlassung für einen Soldaten auszuwirken. Das sollte die Weisung beachten. — Auch über sogenannte schmerzlose Mißhandlungen muß ich wieder berichten. Ein Hauptmann hat einen Soldaten

mit der Reitpeitsche geschlagen.

Das Kriegsministerium schreibt mir zu dem Fall, nach der Ansicht des Soldaten hat der Hauptmann ihn nicht mit der Reitpeitsche geschlagen, sondern ihn nur getroffen, als er ihm andeuten wollte, daß er gemeint sei. Der Offizier wurde denn auch freigesprochen, der Soldat aber erhielt dafür, daß er seinen Eltern davon geschrieben hatte, 14 Tage strengen Arrest. (Hört! hört! b. d. Soz.) — Man sollte auch verbieten, den Soldaten die Zivilkleider abzukaufen, die sie später wieder gebrauchen; greifen Sie lieber in die Schranke der zivilen Leute hinein. — Wir begrüßen es, daß der Jahrgang 1869 entlassen ist. Aber man sollte auch mit der Entlassung des Jahrgangs 1870 beginnen. Besser sollte überhaupt jeder, der das 48. Lebensjahr erreicht hat, entlassen werden. Das würde eine große Freude auslösen. — Die in der Ukraine stehenden Soldaten klagen darüber, daß sie Bütteldienste verrichten müssen; sie müssen die Bauern, die ihre Waffen nicht abliefern wollen, prügeln. Die ukrainische Regierung soll sich für solche Dienste andere Leute aussuchen als deutsche Soldaten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Militärverwaltung soll die Wünsche des Reichstags beachten, dann wird sie den Soldaten helfen. (Beifall b. d. Soz.)

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 12. Juli.

Die fleischlose Zeit.

* Die Einführung der fleischlosen Wochen für den Herbst ist, wie dieser Tage im Reichstag mitgeteilt wurde, unvermeidlich geworden. Diese werden am 1. August beginnen und zunächst bis 31. Oktober dauern; für jeden Monat ist eine Woche vorgesehen. Von maßgebender amtlicher Stelle wird dazu erklärt, daß die Ermüdungen über die Herabsetzung der Fleischrate zwar noch nicht völlig abgeschlossen sind, daß aber eine Herabsetzung der wöchentlichen Fleischmenge leicht auf keinen Fall zu erwarten sein dürfte. Es ist in Aussicht genommen, für die innerhalb der fleischlosen Wochen ausfallenden Fleischmengen einen vollwertigen Ersatz durch andere Lebensmittel zu gewähren.

Die fleischlosen Wochen werden, wie das „Leibz. Tagblatt“ mitteilen kann, für das ganze Reich gleichmäßig festgesetzt, nämlich vom 19. bis 25. August, 19. bis 25. September, 30. September bis 6. Oktober und 21. bis 27. Oktober. Die Herabsetzung der Grundration soll ebenfalls für das ganze Reich sein und 50 Gramm betragen. Als Ersatz wird die gleiche Menge Mehl geliefert.

Die Viehwirtschaftung befand sich seit dem ersten Halbjahr 1918 auf sehr abwärtsgerader Bahn. Infolge der Unmöglichkeit, aus den stark verminderten Schweinebeständen größere Fleischmengen aufzubringen, mußten die Rinderbestände immer mehr allein die Last der Fleischversorgung tragen und ständig mehr liefern, als ihre Abgabefähigkeit erlaubte. Das führte bei dem durch den großen Futtermangel der Wintermonate stark geminderten Schlachtgewicht zu einem derartigen Eingriff vor allem in unsere Milchviehherden, dann aber auch in die Zug- und Zuchtviehbestände, daß unsere gesamte Milchproduktion um ein Jahr hinaus nicht wieder auszureichenden Tiefstand erlangte. Besonders nachteilig wirkten sich die Folgen dieser viel zu weitgehenden Abschlächtungen dadurch, daß die Milch- und Fettproduktion in kurzer Zeit noch mehr hätte eingeschränkt werden müssen, und auch die Fleischversorgung in absehbarer Zeit verlagert hätte. Die für den Einzelnen nur geringe Erparnis beträgt für Deutschland in einem Vierteljahr weit über 300 000 Rinder und vermehrt täglich unsere Erzeugung an Molkereierzeugnissen um etwa 750 000 Kilogramm Milch oder um 50 000 Kilogramm Butter.

Am fühlbarsten wird der Mangel an Fleisch naturgemäß in den Großstädten empfunden werden, denen zum Ausgleich die Fische völlig fehlen, und Gemüse und Obst, besonders dieses nur in winzigem Ausmaß zur Verfügung stehen. Mit dem verprochenen „Ersatz“ durch andere Lebensmittel wird es auch nicht weit her sein, wie man bei andern Gelegenheiten schon erfahren hat.

Bezugsheine für Kleider und Wäsche sollen nur ausgestellt werden gegen Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche, um die bedürftigen Bevölkerungskreise damit zu versehen. Die Reichsbekleidungsstelle hat deshalb angeordnet, daß künftig vor Ausstellung eines Bezugsheines regelmäßig von dem Antragsteller schriftlich sein Bestand an den betr. Gebrauchsgegenständen anzugeben ist. Die Bezugsheineinbehalten haben sichprobierte häusliche Nachprüfungen dieser Bestandsvericherung vorzunehmen. Unrichtige Angaben sind strafbar.

Lüden dürfen nicht besonders berechnet werden. Wie aus Klagen von Käufern hervorgeht, kommt es vielfach vor, daß die Kleinhändler die Lüden besonders berechnen und das Lütengewicht in das Gewicht der verkauften Ware einberechnen. Zur Frage der Zulässigkeit der Forderung von Zuschlägen für Lüden hat das Kriegsministerium folgende ernsthafte Entscheidung: „Sofern Höchstpreise für die betreffende Ware festgesetzt sind, ist in der besonderen Berechnung für Lüden über den Höchstpreis hinaus eine Umgehung oder eine Ueberrechthung des Höchstpreises zu erblicken. Ob bei anderen Waren eine übermäßige Preissteigerung durch besondere Berechnung der Lüden hervorgerufen wird, das muß in einzelnen Fällen geprüft und entschieden werden.“ Ferner sei darauf hingewiesen, daß die Ware mit Netto gewicht, also ausschließlich des Lütengewichts, verkauft werden muß.

Der Frühkartoffelpreis. Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsministerium mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 Mark I hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlichen Zufuhr vollausgereifter Kartoffeln gerechnet wird.

Lebensmittelverteilung. In dieser Woche werden Graupen, hochwertige Suppen und Kaffee-Ersatz ausgegeben. Die Sondermarken werden mit Weizengrieß und Kunsthonig einbezogen. Auf die keine Beamer Nr. 89 wird in den Wä-

ferieren 150 Gramm Graupenmehl abgegeben, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dörrgemüse und Sauerkraut sind fortgesetzt marktfrei zu haben. — Da nicht alle Geschäfte mit Eiern beliefert werden konnten, kann nur ein Teil der Eiermarken A Nr. 89 in dieser Woche eingelöst werden, der andere erst in der kommenden Woche. Die Gültigkeit der Eiermarken A Nr. 89 wird verlängert; es empfiehlt sich deshalb, dieselben aufzubewahren. — Für Fett kommen in dieser Woche die Verkaufsstellen Nr. 201—291 an die Reihe. Obstwein kann auch weiterhin bestellt werden.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe. Das Gewerkschaftskartell hielt gestern abend in der „Gewerkschaftszentrale“ eine Vertreterversammlung ab. Vorsitzender Koll. Hof berichtete zunächst über eine Sitzung bezüglich der Kostenverteilung. Die Ausichten sind dieses Jahr wenig erfreulich, da in der Hauptfrage nur Koks angeliefert werde. Eine weitere Sitzung beschloß sich mit der Obstbelieferung, welche ebenfalls sehr gering ist. Es soll ein neuer Verteilungsmodus zur Einführung kommen. Der Redner empfahl verschiedene Broschüren des Kriegsausschusses für Konsumanteninteressen, ebenso die Broschüre „Die badische Regierung und die Landstände zu unserem Wohnungsprogramm“, welche die Gewerkschaften sich beschaffen sollten. Der Preis beträgt 20 Pfg. In Vertretung des erkrankten Kassierers Koll. Prull gab Koll. Hof alsdann die Kassenerhältnisse des Kartells bekannt. Trotz erhaltener, verschiedenseitiger Zuschüsse müssen die Beiträge erhöht werden, wenn das Sekretariat seine Aufgaben wie bisher erfüllen soll.

Nach der aufgestellten Bilanz können mit den jetzigen Beiträgen die erhöhten Ausgaben nicht bestritten werden. Nach ausgiebiger Aussprache sämtlicher Organisationsvertreter wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Kartellbeiträge ab 2. Quartal auf 30 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder, pro Quartal zu erhöhen. Zur Frage der Wohnungsfürsorge bemerkte Koll. Hof, daß das Kartell in Verbindung mit dem Kriegsausschuss für Konsumanteninteressen alles getan habe, was möglich ist. Die Mietsteigerungen müssen das Genehmigungsrecht für die zu einer wahren Epidemie ausgearteten Mietsteigerungen zugewiesen erhalten, ebenso bei Räumigungen. Eine Eingabe ist vom Kartell an das stellv. Generalkommando ergangen mit der Bitte um sofortiges Eingreifen in dieser Sache. Der Kriegsausschuss hat ein Gleiches getan. Verschiedene Rücksprachen haben mit den städtischen Behörden wegen der Wohnungsnot, stattgefunden. Wann endlich wird einmal gegen diese Zustände, die maßgebender Seite eingegriffen? Es wäre höchste Zeit. Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Neue Künstlerpostkarten. Die Nachfrage nach den auf Veranlassung des Stadtrats herausgegebenen Künstlerpostkarten hat sich demnach gesteigert, daß die ersten Auflagen in kurzer Zeit vergriffen und die Anfertigung neuer Karten notwendig wurde. Die neue Serie Karlsruher Künstlerpostkarten hat eine wertvolle Bereicherung erfahren durch die Herstellung von Reproduktionen zweier Gemälde bekannter Karlsruher Künstler. Die eine dieser Karten zeigt in wohlgelegener Weise den Schloßplatz in Karlsruhe, wie ihn Professor Hermann Göbler im Auftrag der Stadt zur Ausschmückung der Tiergartenwirtschaft gemalt hat. Auf diesem Bilde gibt Göbler ein Bild „Am Karlsruher“ wieder, denn der Vorwurf stammt, wie aus den Zeichen der Spaziergänger ersehen werden kann, aus der Zeit als der Großvater die Großmutter nahm, aus den vergangenen gemächlichen Tagen der Wiederkehr und der Reifezeit. Die andere neue Künstlerpostkarte wurde nach einem Bilde gefertigt, das aus dem Atelier des Kunstmalers und Lehrers an der Technischen Hochschule, W. Holz stammt. Es zeigt uns den Tiergartenweg mit der Unter- und Ueberführung des Stadgartens und mit der in seiner Mitte erhaltenen uralten Eiche, eines der schönsten Exemplare seiner Art im Stadtgebiet. Beide Neuerwerbungen werden gewiß ebensoviel Freunde finden wie die übrigen vom Stadtrat herausgegebenen Künstlerpostkarten von Karlsruhe, die in allen einschlägigen Geschäften zu haben sind.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Russland.

Moskau, 11. Juli. (WZB. — Tel.-Ag. — Umf.) Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongress von der Mehrheit mit über zwei Drittel Stimmen die Zufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die links sozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Noworossisk nach Moskau eingebrachte Abteilung Matrosen von 1000 Mann, die sich geweigert hatten, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sevastopol zu führen und stat dessen diese Schiffe bei Noworossisk versenken, den Versuch, eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters Grafen Mirbach durch die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Mandrejew und Blumkin diente. Bewaffnete Abteilungen der links-sozialrevolutionären Partei besetzten plötzlich die Post und Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets Smidowitsch, den Vertreter des Volkskommissariats des Inneren Latis und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution Derschinski. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garulion einen Aufruf um Unterstützung des Sowjets von ganz Russland. Der Aufruf wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert derselben am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) 14. Juli Parkwanderung: Stutenfeld, Hagfeld. Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom Hoffteier. Heute abend Führerweisung. Freitag, 19. Juli, Vortrag: Vom Wandern. 4126
Göttingen. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 13. Juli, Versammlung mit Vortrag über „Voranschlag und Wohnungsfrage“ bei Nehe. Beginn abends 7 1/2 Uhr. 4123

Wasserstand des Rheins.

Schiffersfeld 2,88 Meter, gest. 1 Zentimeter; Neß 3,00 Meter, gest. 4 Zentimeter; Magaz 4,37 Meter; Mannheim 3,81 Meter, gest. 6 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabe, für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Aufst. große 2

Aus der Partei.

Anträge zum badischen Parteitag.

- A. Zur Tagesordnung.
- Kreisbesprechung in Rastatt (1. Wahlkreis):**
 - Das neue Aktionsprogramm und die badische Sozialdemokratie.
 - Die Lebensmittelversorgung in Baden.
 - Die Stellung der badischen Arbeiter zur Uebergangswirtschaft.
 werden als besondere Punkte auf die Tagesordnung gesetzt und behandelt.
 - Mitgliedschaft Freiburg (5. Wahlkreis):** Auf die Tagesordnung des Parteitages ist ferner zu setzen: Die Lebensmittelversorgung in Baden, Die Uebergangswirtschaft und die badische Arbeiterkraft.
 - Mitgliedschaft Karlsruhe (10. Wahlkreis):** Der Landesvorstand möge die „Lebensmittelversorgung in Baden“ durch ein besonderes Referat behandeln lassen.
- B. Organisation und Agitation.
- Mitgliedschaft Freiburg (5. Wahlkreis):** Zur Vertragsfrage wird beantragt: Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder beträgt 15 Pfg.; für weibliche Mitglieder wird ein Monatsbeitrag von 30 Pfennig erhoben. Von dem Monatsbeitrag der weiblichen Mitglieder sind abzuziehen:

Parteiorgan in Berlin	20 Pfg.	= 6 Pfg.
Landeskasse	40	= 12
Kreisliste	20	= 6
Ortsliste	20	= 6
 - Mitgliedschaft Baden-Baden (8. Wahlkreis):** Die Verteilung der männlichen Beiträge soll wie folgt vorgenommen werden:

Parteiorgan in Berlin	3 Pfg.
Landeskasse	4
Kreisliste	3
Ortsliste	5

- Mitgliedschaft Karlsruhe (10. Wahlkreis):** Die Versammlung sowie der Kreisvorstand erklären sich mit der vom Landesvorstand beantragten Beitragserhöhung einverstanden, stellen jedoch den Antrag, die Verteilung der Beiträge wie folgt zu beschließen:

Männliche Beiträge	Weibliche Beiträge
Parteiorgan Berlin 3 Pfg.	2 Pfg.
Landeskasse 4	2
Kreisliste 4	3
Ortsliste 4	3
- Mitgliedschaft Bruchsal (10. Wahlkreis):** Die Beiträge sollen wie folgt verteilt werden:

Männliche Beiträge	Weibliche Beiträge
Parteiorgan Berlin 3 Pfg.	2 Pfg.
Landeskasse 5	3
Kreisliste 4	3
Ortsliste 3	2
- Kreisbesprechung Mannheim (11. Wahlkreis):** Die Verteilung der Beiträge ist wie folgt zu regeln:

Männliche Beiträge	Weibliche Beiträge
Parteiorgan Berlin 3 Pfg.	2 Pfg.
Landeskasse 5	3
Kreisliste 4	3
Ortsliste 3	2
- Kreisbesprechung in Mannheim (11. Wahlkreis) beantragt:** Die Aufstellung der sozialdemokratischen Bewerber bei den nächsten Landtagswahlen hat im Benehmen mit einem großen Wahlausgang zu erfolgen, zu dem der Landesvorstand durch Vertreter der für die Partei wichtigen Bezirke des Landes zu erweitern ist. Dann ist in erster Linie auf die persönliche Eignung der Bewerber, dann aber auch die Vertretung der einzelnen Landesteile nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.
- Mitgliedschaft Schwetzingen (11. Wahlkreis):** Der Landesvorstand wird ersucht, für eine bessere parlamentarische Vertretung über die Verhandlungen des Reichs- und Landtages in der badischen Parteipresse besorgt zu sein.
- Mitgliedschaft Freiburg (5. Wahlkreis):** Der Parteitag möge beschließen: Die Kommission für Ausarbeitung des Aktionsprogramms wird ersucht, die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft und zur Kleinbauernfrage in einer Anzahl Leitfäden dem Aktionsprogramm einzufügen.

r. Rastatt, 11. Juli. Parteiversammlung. Samstag, abends 1/9 Uhr, findet im Lokal zum „Kappen“ die monatliche Parteiversammlung statt. Da wieder ein interessanter Vortrag gehalten wird, und sonst noch sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, in der Versammlung zu erscheinen. Insbesondere werden die Genossen der Bitterauerschuhfraktion um ihr vollzähliges Erscheinen ersucht. Auch Volksgenossen sind freundlichst eingeladen.

Genossin Stephanie Hoffmann in Mannheim ist am 6. Juli einem längeren, hartnäckigen Leiden erlegen. Mit ihr scheiden der Besten eine aus den Reihen der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Baden. Die Verstorbene gehörte mit zu den Gründern der sozialdemokratischen Frauenbewegung Mannheims und war die erste Kassiererin und Vertrauensperson der weiblichen Abteilung. Die Genossin Hoffmann war bis zu ihrem Tode Mitglied der Schulkommission; ebenso gehörte sie der Prekommission des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis an. Mehrfach war sie Delegierte auf badischen Parteitag und Frauenkonferenzen. Die Verstorbene erreichte ein Alter von 47 Jahren.

Reichstagskandidatur. Eine Kreisparteiversammlung für den 6. badischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land), die in Rastatt tagte, beschloß einstimmig, als Reichstagskandidaten den langjährigen Parteifreier des Kreises, den Genossen Hermann Kammann, als Reichstagskandidaten aufzustellen. Jeglicher Vertreter des Kreises im Reichstage ist Horn, der zu den Unabhängigen übergegangen ist, nachdem er dreimal die Kriegskredite bewilligt hatte. Horn wurde 1912 mit 89 911 Stimmen gewählt, während auf den konservativen Kandidaten 9244 und auf den nationalliberalen 17 892 Stimmen entfielen. Von dem Kreise werden aber infolge der Neubildung eines Groß-Dresdener Kreises (Verhältnisswahl) die vorkreislichen Dresdener Vororte (Lößnitz, Gotta, Naußitz, Strieschen usw.) abgeteilt werden. Sein Mittelpunkt wird nunmehr der Industriebezirk Klausener Grund, wo sich die Unabhängigen alle Mühe geben, Boden zu gewinnen.

Fango-Kuranstalt

Friedrichsbad. 2178
Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 12. Juli 1918, 1/8 Uhr 4129
Die lustige Witwe.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.
Samstag den 13. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Kronenhalle“, Kronenstraße 9, eine **Mitgliederversammlung** statt.
Tagesordnung:
Innere Mitteilung. Der Vorstand.

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 3111 Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telephon 1547.

Weißer Käse.

An die Inhaber von „F“-Marken wird in den sämtlichen Stadt-Verkaufsstellen (Kriegstraße 80, Kaiserstraße 74, Karlstraße 23 und Amalienstraße 29) weißer Käse abgegeben gegen die Lebensmittelkarte Nr. 89. Ebenso erfolgt die Abgabe an die Inhaber von „F“-Marken und die eingetragene Kundenschaft in der Filiale der Firma Hammluch u. Co., Albenstraße 25. Verkauf von Freitag, den 12. Juli bis Dienstag, den 16. Juli 1918 einfaß. Kopfmenge 1/4 Pfund; Preis Mk. 1.— für das Pfund.
Karlsruhe, den 11. Juli 1918. 4120
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Durlach. Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (B. a. G.)

Samstag, den 14. Juli, von vorn 10 Uhr bis nachm. 2 Uhr, findet im Krokodil und Darmstädter Hof, die **Wahl des Delegierten zur Generalversammlung** in Augsburg statt. 4118
Teilnahme sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht. Die Ortsverwaltung.

kräftige Arbeiter.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zur Be- und Entladung von Kohlenwagen gegen Akkordlohn einige **kräftige Arbeiter.**
Der Eintritt kann sofort erfolgen. Meldungen beim Portier. 4124
Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.

Speisewirtschaft

Sofienstr. 73, Eingang Lessingstrasse
Geöffnet von morgens 10 bis abends 10 Uhr.
Heute und nächste Tage
— erstklassiges fettes junges Rossfleisch —
— eigene Schlachtung —
— kräftige Bouillon —
Goulasch — Sauerbraten mit Kartoffel und Salat.
„Deutsch. Beefsteak“
Ia. Fleischküchle
in altbewährter Zubereitung.
Von 10—12 Uhr Frühstücksportionen à 30 Pfg.
Essen auch ansonst dem Hause.
Alles ohne Marken.
Um gütigen Zuspruch bittet
A. Adler.

Militär-Urlauber

finden fortwährend Beschäftigung auf meinem Holzlagerplatz, Schlachthoffstr. 5.
Carl Finkelstein 4089
Holz- und Kohlenhandlung. 4109

Fussball.

Sonntag, den 14. Juli 1918
Spielplatz Beiertheim:
Vorentscheidungs-spiel um die Stadtkreismeisterschaft
zwischen F. V. Zuffenhausen und F. V. Beiertheim.
Beginn 4 Uhr. 4121
Spielplatz V. f. B. Karlsruhe, F.-C. Plankstatt I u. II gegen F.-C. Konkordia Karlsru. I u. II
Beginn 1/2 und 3 Uhr.

Abgängige Tiere

aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 4120

Dreher Schlosser

Maschinenarbeiter
sofort gesucht. 4125
Maschinenbau-Gesellschaft
Karlsruhe
Karlsruhe (Baden).

Parteiliteratur

zu beziehen von der
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Erila Rosa, B. Otto Kambeiß, Kaufmann. Michael Bernhard, B. Paul Eisele, Kaufmann. Wilhelmina, B. Karl Kraut, Kaufmann. Josef, B. Josef Anabel, Tagelöhner. Friedrich Heinrich, B. Friedrich Schuler, Friseur. Wilhelm, B. Gotthilf Plattner, Schuhmacher. Heinrich Eduard Alois, B. Karl Furrer, Maler. Walter Karl, B. Karl Böhm, Schiffer. Erila Anna Luise, B. Friedrich Stolz, Marqueter. Elfriede Wilma, B. Friedrich Karl Maß, Schlosser. Hedwig Theresia, B. Friedrich Dietrich, Kanzleigehilfe. Hans Karl, B. Michael Müller, Stadttagsknecht. Hans Konrad, B. Friedrich Franz, Schlosser.
Todesfälle. Luise Schweisgut, 70 J. alt, Witwe von Ludwig Schweisgut, Pianofortefabrikant. Josefina Diehl, 27 J. alt, Ehefrau von Karl Diehl, Schlosser. Georg Seufert, Kaufmann, Ehemann, 77 J. alt. Wilhelm Bierling, Waffenmeister a. D., Ehemann, 43 J. alt. Emma, 14 Jahre alt, B. Adolf Maiernecht, Schneider. Franz, 8 J. alt, B. Franz Wormer, Büchsenner. Margaretha Duttner, 61 J. alt, ledig, gewerbelos. Heinrich Wosjelmann, Fabrikarbeiter, ledig, 23 J. alt. Karl Martin Höger, Landwirt, Witwer, 74 J. alt. Katharina Franzmann, 89 J. alt, Witwe von Gustav Franzmann, Kanalarbeiter.

Lüchtige

Aushilfs-Kellnerinnen und Spülfrauen

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht.
Sonntags geöffnet von 10—12 Uhr.
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100. 4071

Lüchtige HeizungsMonteure

im bad. Schwarzwald sofort gesucht. Offerten sind zu richten an
Dipl.-Ing. Mayer, Donaueschingen.

Eine Frau

zum Waschen und Putzen für wöchentlich 1—2 Tage gesucht.
Frau Wilh. Stober, Rüppurrerstraße 13, I.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas

kauft 3809
An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.
Levy